



Nr. 63 – Februar 2005

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in Bezug auf die Nutzung erneuerbarer Energien und die nachhaltige Entwicklung der Umwelt sind uns etliche Pazifikstaaten voraus. Ermutigend finde ich bei diesen Projekten die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und den ‚betroffenen‘ Menschen vor Ort. Vorbildhaft ist auch die Entscheidung Neuseelands zu einem Rauchverbot an allen öffentlichen Plätzen. Ob sich allerdings der Versuch Papua-Neuguineas, der Umwelt zuliebe auf alle Plastiktüten zu verzichten, im Alltag umsetzen lässt, bleibt abzuwarten. Positiv stimmen diese Ansätze allemal.

Eine anregende Lektüre wünscht

Julia Ratzmann, Redakteurin

PAPUA-NEUGUINEA

„Stärkt unseren Nachbarn!“

Ende Dezember 2004 hat das „Australian Strategic Policy Institute“ (ASPI) einen Bericht zum australisch-neuguineischen Verhältnis vorgelegt. Die beiden Autoren der 62-seitigen Studie, Hugh White und Elsinä Wainwright, befürchten in den nächsten zehn bis 15 Jahren den

Staatszerfall von Papua-Neuguinea (PNG). Sie untersuchen in „Strengthening our neighbour: Australia and the future of Papua New Guinea“, wie Australien dem Nachbarstaat aus der Krise helfen kann. Die Autoren sehen dabei das Verhältnis zu PNG als dritt wichtigste Herausforderung für die australische Außenpolitik, hinter den chinesisch-amerikanischen Beziehungen und dem Verhältnis zu Indonesien.

In den letzten 30 Jahren seit der Unabhängigkeit PNGs habe man viel versucht, um den Staat bei dem Prozess der Staaten- und Nationenbildung zu unterstützen, aber dabei sei nur wenig herausgekommen, bemängeln White und Wainwright. Trotz einiger positiver Entwicklungen habe sich die Situation des Landes immer weiter verschlechtert. Zwar gäbe es bisher noch keine akute Krise, aber viele negative Trends. Sinkende Staatseinkünfte, mangelnde Dienstleistungen, eine Fragmentierung der Gesellschaft, die zunehmende Schwäche der Regierungsinstanzen, die fehlende Legitimität der Regierungsmitglieder und die schlechte Wirtschaftslage führten in einen Teufelskreis. Die Basis aller Probleme des Landes sei das Unvermögen der Regierung zur guten und effektiven Regierungsführung. Trotz qualifizierter und engagierter Menschen fehle es an der Kenntnis darüber, wie man einen Staat führt.

Die Autoren der Studie befürchten einen Kollaps des

Staates, sollten die Regierungsinstanzen weiter geschwächt werden. Schon jetzt könnten schwere Probleme wie etwa die AIDS-Krise zu einem kompletten Staatszerfall führen. Die Schwachheit des Staates führen die Forscher auf die Schwachheit der Nation zurück. „Nation“ sei für fast alle Bürger des Landes ein abstrakter Begriff, den sie nicht mit Inhalt füllen könnten. Auch täte der Staat nichts, um eine kollektive Identität als „Neuguineer“ zu schaffen.

Bisher habe Australien versucht, die Probleme des Nachbarstaates durch Zahlungen von Entwicklungshilfegeldern zu lösen. Seit der Unabhängigkeit von PNG im September 1975 seien 15,5 Milliarden AUS Dollar Entwicklungshilfe ins Land geflossen.

Ein neuer Schritt in der Entwicklungshilfe ist das 2004 implementierte „Enhanced Cooperation Program“ (ECP), unter dem 210 australische Polizisten und 64 Angestellte des Öffentlichen Dienstes in PNG versuchen, Recht und Ordnung zu etablieren und die Neuguineer in guter Staatsführung zu unterweisen. Das auf fünf Jahre angelegte Programm kostet Australien 800 Millionen Dollar. Das ECP sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, greife aber längerfristig zu kurz, so Wright und Wainwright.

Das Ziel der neueren australischen Außenpolitik sei es, aus PNG eine starke, sichere, prosperierende und effiziente Nation

zu machen, denn von dem Erfolg dieses Staates hänge die Zukunft des gesamten pazifischen Raumes ab.

White und Wainwright schlagen deshalb eine neue politische Vorgehensweise gegenüber PNG vor. Dabei haben sie sieben Empfehlungen im Sinn:

- 1) längerfristige Planung: Stabilität kann nicht in drei bis fünf Jahren erreicht werden, hier muss nach Generationen gerechnet werden
- 2) Eigendynamik: Neuguineer müssen selber Veränderungen wollen, enge Zusammenarbeit mit Reformern ist nötig
- 3) Hauseigene Lösungen: PNG muss eigene Lösungen für seine spezifischen Probleme finden
- 4) Gegenseitige Verantwortung
- 5) Umfassender Ansatz: Lösungsansätze müssen längerfristig für alle Probleme entwickelt werden
- 6) Zusammenarbeit mit allen Geldgebern
- 7) Stärkere bilaterale Beziehungen zwischen Australien und PNG.

Diese Empfehlungen könnten in ein neues politisches Programm einfließen, dass laut Erkenntnis der beiden Wissenschaftler folgende vier Kriterien erfüllen sollte:

1. Beziehungen stärken: Dialoge auf politischer Führungsebene, u.a. Treffen der Premierminister sowie Stärkung der Basis (vor allem der jungen Leute)
2. Den Staat stärken: Korruption verhindern, Regierungsinstanzen unterstützen, administrative Fähigkeiten im Öffentlichen Dienst stärken, Verantwortlichkeiten auf nationaler, provinzieller und lokaler Ebene verteilen
3. Die Wirtschaft stärken: den privaten Sektor unterstützen, den australischen Markt

öffnen, Jobmöglichkeiten in Australien schaffen

4. Die Nation stärken: Aufbau einer nationalen Identität als Neuguineer, Gemeinschaftsgefühl durch Stärkung der Zivilgesellschaft (vor allem Frauengruppen), den Sport als Grundlage der Identifikation mit dem Staat fördern, das Wahlsystem und konstitutionelle Reformen unterstützen.

Die Studie des ASPI endet mit einem Beitrag von Sir Mekere Morauta, dem ehemaligen Premierminister von PNG (1999 - 2002). Er nimmt in klaren Worten zu den Empfehlungen der Studie Stellung und endet mit der provokanten Frage: „*Wie kann Australien uns Neuguineern helfen, uns selbst zu helfen?*“ (ASPI (eds.): *Strengthening our neighbour: Australia and the future of Papua New Guinea*. Canberra 2004, ISBN 1920722483, *Flash d'Océanie* 15.12.04)

Anmerkung der Redaktion: Die Studie ist gegen eine Gebühr von 20 AUS \$ beim ASPI (www.aspi.org.au) erhältlich. Ein Exemplar kann in der Pazifik-Infostelle (www.pazifik-infostelle.org) ausgeliehen werden.

Große Kinderarmut

Ende des Jahres hat die UNICEF (United Nations Children's Funds) ihren Bericht zur Lage der Kinder weltweit veröffentlicht. Bei der offiziellen Vorstellung von „State of the World's Children Report 2005“ legte UNICEF-Geschäftsführerin Carol Bellamy erschreckende Zahlen vor: a) Eines von drei Kindern weltweit habe weder Zugang zu sauberem Trinkwasser, Gesundheitsvorsorge noch sanitären Einrichtungen. b) In Konflikten seit 1990 sind mehr als die Hälfte aller Todesopfer Kinder. c) 15 Millionen Kinder sind bereits AIDS-Waisen. d) Von den 2,2 Milliarden Kindern weltweit leben bereits eine Milliarde in Armut. Diese Kinder seien ihrer Kindheit beraubt, erklärte Bellamy auch den Titel des Jah-

resberichts „Childhood under threat“.

Bei der Vorstellung des UNICEF-Berichtes in Port Moresby sprach der PNG-Ländervertreter des Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen, Dr. Isiye Ndombi, über die Armut in Papua-Neuguinea. 40 % der Bevölkerung des Staates lebten von unter einem US Dollar täglich. Die UN haben einen Dollar pro Tag als Kriterium für die Armutsgrenze festgelegt. Die Armutsquote habe sich in den letzten zehn Jahren um 60 % erhöht, erklärte Ndombi. Eine Besserung sei so lange nicht in Sicht, wie der Staat sich nicht um die Ausbildung von Kindern bemühe. Solange die Hälfte der Kinder keine Schule besuche, sei die Ausmerzung der Armut unmöglich. Nur Kinder reicher Eltern könnten sich in PNG wegen der hohen Schulgebühren einen Schulbesuch leisten. Die Schere zwischen arm und reich, gebildet und ungebildet, würde so immer größer.

Die Kinder Neuguineas seien von AIDS/HIV, Armut und Konflikten bedroht. Wenn Kinder keine Kindheit hätten, stünde auch die Weiterentwicklung der Nation als solche auf dem Spiel, warnte Dr. Ndombi. (*Post-Courier* 14.12.04, http://www.unicef.org/media/media_24501.html, <http://www.unicef.org/sowc05/english/poverty.html>)

Deutsche Stipendien helfen Flüchtlingen

Eine kleine Gruppe westpapuanischer Flüchtlinge aus dem Flüchtlingslager von East Awini (Papua-Neuguinea) hat Ende letzten Jahres das erste Jahr einer zweijährigen Ausbildung zum Lehrer erfolgreich abgeschlossen. Die Flüchtlinge erhielten dafür ein Stipendium der deutschen „Albert Einstein German Academic Refugee Initiative“ (DAFI), einem Stipendiatenprogramm der Bundesre-

gierung zur Ausbildung von Flüchtlingen weltweit.

Seit 1992 hat die Bundesregierung dieses Ausbildungsprogramm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR über die Albert Einstein Stiftung mit mehr als zwei Millionen US Dollar unterstützt. Die Stipendien von DAFI sollen Flüchtlingen im Aufnahmeland eine Fort- bzw. Weiterbildung ermöglichen, um Berufsaussichten im Gastland zu verbessern und die Flüchtlinge auf „eigene Beine zu stellen“.

Erstmals wurden im vergangenen Jahr Stipendien nach Papua-Neuguinea vergeben. Die vier Stipendiaten Arik Cornelius, Juliarus Petrus, Janu Amuan und Vincent Celes absolvieren am St. Benedict's Teachers' College in Wewak eine Ausbildung zum Lehrer. Das Stipendium schließt Unterkunft, Verpflegung, Schulgebühren, Lehrmaterial, Kleidung, Lebenshaltungskosten, medizinische Versorgung und die „Heimfahrten“ ins Flüchtlingscamp East Awin ein. Nach erfolgreicher Ausbildung sollen die vier Lehrer die Kinder im Flüchtlingslager unterrichten.

Die vier Stipendiaten kamen als Kinder Anfang der 1980er Jahre mit ihren Eltern aus der indonesischen Unruheprovinz Westpapua (heute: Provinz Papua) nach Papua-Neuguinea. Sie machten ihren Schulabschluss in Kiunga/Western Province.

East Awin wurde 1987 von der Regierung als Lager für westpapuanische Flüchtlinge ausgewiesen. Die Hälfte der heutigen rund 2.700 Bewohner sind Kinder unter 18 Jahren. Die katholische Kirche kümmert sich um die Gesundheit und Bildung der Menschen, sie ist in Person von Schwester Maureen Sexton von der Diözese Daru-Kiunga auch Projektpartner des UNHCR. (*UNHCR Australia Press Release 08.12.04, Protecting Refugees online*)

Flucht aus dem Gefängnis

Anfang Februar gelang 32 als „hochgefährlich“ eingestuften Häftlingen die Flucht aus dem „Bui Yebi“-Gefängnis bei Mendi in der Provinz Südliches Hochland. 28 der Flüchtlinge saßen wegen Vergewaltigung, Mord und bewaffneten Raubüberfall ein, die anderen vier warteten auf ihren Prozess. Gefängnis-aufseher Cobern Palon sagte, die Flucht sei gut organisiert gewesen. Eine sofort einberufene Fahndung nach den Häftlingen blieb erfolglos. Man gehe davon aus, dass die Häftlinge in die Clancy Range und den Regenwald am Mount Giluwe geflohen seien. Palon warnte die Benutzer des Highways zwischen Mount Hagen und Mendi und bat, Informationen über die Flüchtigen sofort an die örtliche Polizei weiterzugeben.

Die Flucht ist bereits die zweite in diesem Jahr. Am 18. Januar waren 65 Gefängnisinsassen des Bomana Gefängnisses nahe der Hauptstadt Port Moresby geflohen. 12 Männer konnten gefasst werden, zwei ertranken auf der Flucht, die anderen sind weiter flüchtig. (*The National 03.02.05*)

Zehn Opfer durch Stammesfehde

Bei Kämpfen zwischen Angehörigen zweier Klans im Distrikt Kandep (Provinz Enga) sind in jüngster Zeit zehn Menschen getötet worden. Ursprung des Streits zwischen den Kamain und Yapalarut war ein Fehler des Dorfgerichts. Der Richter hatte eine Zahlung von 271 Kina an den falschen Mann veranlasst. Als der rechtmäßige Besitzer des Geldes darum bat, eskalierte der Konflikt. Nach Aussage des Gemeindeältesten Samuel Tata aus dem Nachbardorf benutzten beide Parteien in dem Kampf automatische Waffen. Sie zündeten Häuser

und öffentliche Gebäude an. Hunderte von Frauen und Kindern flohen in die Berge. In dem Kampf, der immer weitere Kreise zog und bis heute nicht beendet ist, wurden drei Dörfer, eine Grundschule und ein Gesundheitsposten zerstört. Tata berichtete der Tageszeitung „The National“, weder die Provinzpolizei noch der Provinzgouverneur hätten sich in die blutige Auseinandersetzung eingemischt. Seine Bitten um Hilfe bei der örtlichen Polizei in Kandep seien ebenso erfolglos geblieben. (*The National 15.02.05*)

Obdachlos durch Regen

Rund 500 Menschen büßten ihr Obdach ein bei sintflutartigen Regenfällen Mitte Februar in der Provinz Western Highlands. Der Klan Opae in Kimmel im Distrikt North Wahgi verlor bei dem von orkanartigen Stürmen begleiteten Regen sein ganzes Hab und Gut. Der rapide Anstieg der Flüsse Pinja und Kuman in den Nachtstunden gab den Menschen keine Gelegenheit, ihren Besitz in Sicherheit zu bringen. Die Häuser wurden von den über die Ufer getretenen Flüssen weggerissen. Ein Erdbeben nahe der Ortschaften Auri und Kuman zerstörte die Gärten der Menschen. Hühner- und Schweineställe sowie ein Lebensmittelladen wurden von den Wassermassen weggeschwemmt. 10.000 Kaffeestauden einer Kaffeepflanzung erlitten Schaden. Die obdachlosen Menschen sind nach der Zerstörung ihrer Gärten nun von Hunger bedroht. (*Post-Courier 15.02.05*)

Vulkanausbruch auf Manam

Eine Eruption des Vulkans Manam auf der Insel Manam (Madang Provinz) am 28. Januar hat mindestens ein Todesopfer gefordert, mehrere Personen

verletzt, sowie eine Station des örtlichen Vulkan-Überwachungssystems zerstört. Aus dem Krater des 1.807 Meter hohen Stratovulkans stieg eine Dampf- und Rauchwolke bis über zwanzig Kilometer in den Himmel auf. Im Umfeld des als sehr aktiv geltenden Vulkans ging ein Ascheregen nieder und bedeckte Häuser und Gärten. Die letzten 2.000 von insgesamt 9.600 Menschen wurden von der Insel evakuiert.

Bereits seit Oktober vergangenen Jahres war es mehrfach zu kleinen Eruptionen des Vulkans gekommen. Das Rote Kreuz und weitere internationale Hilfsorganisationen waren seit November auf der Insel mit ihren 14 Dörfern im Einsatz. Sie evakuierten die Bevölkerung auf das Festland und errichteten dort Flüchtlingscamps. Die meterhohe Asche auf der Insel 15 Kilometer vor der Nordküste Neuguineas macht eine Rückkehr der Flüchtlinge zur Zeit unmöglich, da es kein Trinkwasser gibt und alle Gärten zerstört sind.

Bei Benefizaktionen in Madang und Port Moresby wurden Gelder für die Vulkanopfer gesammelt. Auch die Provinzen Madang und Sandaun haben ihre Unterstützung zugesichert. (<http://www.g-o.de/j> 29.01.05, *The National* 31.01.05, www.ifrc.org/docs, <http://www.notes.reliefweb.int/>)

John Kaputin neuer AKP-Generalsekretär

Sir John Kaputin ist im Dezember 2004 in Brüssel zum neuen Generalsekretär der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) ernannt worden. Der Neuguineer konnte sich gegen seinen Konkurrenten, den scheidenden Generalsekretär Jean Robert Goulangana, durchsetzen, weil die „Santo Domingo Erklärung“ aus dem Jahr 1999 vorsah, dass ab 2005 ein Pazifikinsulaner die Position des General-

sekretärs einnehmen sollte. Kaputins Amtszeit erstreckt sich über fünf Jahre, sie beginnt am 1. März 2005. Kaputin war – nachdem Samoa auf eine Kandidatur verzichtet hatte – der einzige „pazifische“ Kandidat für den Posten des Generalsekretärs.

Sir John wurde am 11. Juli 1941 auf Neubritannien geboren. Er studierte in PNG, Australien und USA Betriebswirtschaft, Politik und Geschichte. Seit 1972 ist Kaputin in verschiedenen politischen Ämtern tätig. Er war Justiz-, Entwicklungs-, Energie- und Außenminister. Von 1995 bis 1997 war er Vizepräsident der AKP-Vollversammlung. Für seine politischen Verdienste wurde er 1997 von der britischen Königin Elisabeth II. geadelt.

Premierminister Sir Michael Somare gratulierte Kaputin zur erfolgreichen Wahl. Somare erklärte, Kaputin würde im Kreis der AKP-Staaten nicht nur die Interessen Papua-Neuguineas vertreten, sondern hätte den ganzen pazifischen Raum im Blick. (*Pacific Magazine*, Februar 2005, S. 13, *Vanuatu Daily Post* 09.12.04, <http://www.thenational.com.pg/0121/special16.htm>, <http://www.pm.gov.pg/pmsoffice/05.12.04>)

BERGBAU / FISCHEREI

Besserer Schutz für Lederschildkröte

Die vom Aussterben bedrohte Lederschildkröte (Great Leatherback Turtle) ist erneut in den Blickpunkt der Umweltschützer geraten. Bei einem gemeinsamen Workshop des Umweltministeriums und der Umweltschutzorganisation „The Nature Conservancy - Papua New Guinea“ hieß es, zwar sei die Lederschildkröte bereits im Umweltschutzgesetz von Papua-Neuguinea unter besonderen Schutz gestellt worden,

doch hapere es an der Umsetzung der strengen Richtlinien. Das Umweltschutzgesetz erlaubt das Jagen und Töten der Schildkröte nach traditionellen Methoden nur zum Verzehr, nicht jedoch zum Export oder aus kommerziellen Gründen.

Nature Conservancy stellte im Rahmen des Workshops ein neues Notebook vor, mit dessen Software man ab sofort die Bewegungen der Lederschildkröte verfolgen könne. Spezielle Sensorplättchen, die auf dem Panzer der Schildkröte angebracht werden, melden die Position des Tieres über Satellit an den transportablen Computer. So könne besser überprüft werden, ob die Schildkröten nicht in zu großer Zahl illegal getötet würden. Paul Lokani, Direktor von Nature Conservancy, sagte, Staat und Umweltschützer müssten zum besseren Schutz der seltenen Tiere zusammenarbeiten. Er kritisierte vor allem das Fischen mit Langleinenbooten und Treibnetzen, in denen sich die Tiere verfangen.

Zur Info: Die Lederschildkröte (*Dermochelys coriacea*) ist die größte und älteste Art der insgesamt acht Arten von Meereschildkröten. Die Tiere bevölkern seit mehr als 100 Millionen Jahren die Weltmeere. Die bis zu 2,10 Meter große Schildkröte kann bis zu 365 Kilogramm wiegen. Sie steht im höchsten Bedrohtheitsgrad im Anhang 1 des Washingtoner Artenschutzübereinkommens. Über 90 Staaten haben das Artenschutzübereinkommen unterzeichnet und sich damit auch dem Schutz der Schildkröte verpflichtet. Trotzdem werden jährlich 100.000 Meeresschildkröten getötet, davon 20.000 allein in Indonesien. (*The National* 26.01.05, *SOS for Sea Turtles online*, <http://www.schildkroeten-stiftung.org/>, <http://nature.org/wherework/asiapacific/papuanewguinea/>)

BOUGAINVILLE

Verfassung steht

Das Kabinett hat dem Verfassungsentwurf für ein autonomes Bougainville in der letzten Sitzung des Jahres 2004 zugestimmt. Damit ist der Weg frei für Wahlen. Das Kabinett gab ferner bekannt, bei den Vereinten Nationen um eine Verlängerung des Einsatzes der „United Nations Observer Mission to Bougainville“ (UNOMB) ersucht zu haben. Außenminister Sir Rabbie Namaliu erklärte, eine einjährige Verlängerung des UN-Einsatzes sei nötig, um den Wahlvorgang zu beobachten und freie und demokratische Wahlen zu garantieren.

Am 14. Januar 2005 wurde die Verfassung in einer feierlichen Zeremonie an Bürgervertreter der Insel übergeben. Im Namen der Regierung von Papua-Neuguinea überreichte Innenminister Sir Peter Barter in einer extra gebauten Replik des Parlamentsgebäudes von Port Moresby die Verfassung an ältere Frauen aus Kieta. Diese standen symbolisch für die Vergangenheit der Insel. Eine junge Frau (die Gegenwart) übergab das Dokument dann an den derzeitigen Gouverneur von Bougainville, John Momis, der die Zukunft der Insel als autonomes Gebiet repräsentierte.

Der stellvertretende Premierminister und Parlamentarier für Central Bougainville, Sam Akoitai, sagte bei der feierlichen Zeremonie in Arawa: *„Alle Waffen müssen zurückgegeben werden, damit unsere Mütter, Schwestern und jeder die Freiheit fühlen kann, die wir früher hatten.“* Akoitai betonte, vor allem Jugendliche müssten nun auf Frieden und eine sichere Zukunft hinarbeiten.

Sir Peter Barter rief die Bürger Bougainvilles auf, alle noch vorhandenen Waffen an die Mitglieder von UNOMB auszu-

händigen. Erneut appellierte er an Rebellenchef Francis Ona, sich den weiteren Verhandlungen friedlich anzuschließen und die no-go-Zone rund um die Panguna-Mine freizugeben. Der Erfolg oder das Scheitern des zu wählenden Parlaments von Bougainville seien nun in der Hand der Bürger, beendete Barter seine Rede.

Bereits im Sommer sollen Wahlen für die erste autonome Regierung von Bougainville stattfinden. Voraussichtlich im Jahr 2014 sollen die Bürger dann in einem Referendum darüber abstimmen, ob Bougainville als autonome Provinz bei Papua-Neuguinea verbleibt oder ein unabhängiger Staat wird. (*Post-Courier 17.12.04, 05.01.05, 17.01.05, The National 17.01.05, Flash d'Océanie 18.01.05*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

AUS DER ELC-PNG

Missionsflieger abgestürzt

Ein MAF-Flugzeug vom Typ Twin Otter ist am Dienstag, dem 22. Februar im Landeanflug auf den Airstrip von Wobegan in der Nähe von Tabubil im Westlichen Hochland PNG's abgestürzt. Für die beiden neuseeländischen Piloten Richard West (40) und Chris Hansen (37) kam jede Hilfe zu spät. Beide waren sehr erfahrene Piloten, die schon seit 11 bzw. 10 Jahren für MAF (Mission Aviation Fellowship) tätig waren. West hinterläßt seine Frau Cherrie mit den beiden Kindern Larrissa (8) und Marcus (6), Hansen hinterläßt seine Frau Janice

mit den drei Kindern Rochelle (9), Jessica (7) und Simeon (5). Wie durch ein Wunder überlebten die zehn Passagiere und der Flugbegleiter den Absturz mit nur leichten Verletzungen. Über die Unfallursache gibt es noch keine Angaben. (*MWB-Meldung 25.02.05*)

Weihnachten in PNG

Für 58 Frauen war der Weihnachtstag 2004 ein ganz besonderes Ereignis, das sie in einzigartiger Weise mit Maria, der Mutter Jesu verbindet, denn auch sie schenkten an diesem Tag einem neuen Erdenbürger das Leben. Die höchste Geburtenzahl hatte dabei das Krankenhaus in Port Moresby mit 25 Neugeborenen zu vermelden. Der kleinste Winzling wog bei seiner Geburt nur 2,10 kg. (*National 28.12.04*)

Die Weihnachtsfeiertage verliefen in der New Guinea Island Region, East New Britain und Manus weitgehend friedlich, wie die Polizei-Kommandeure der entsprechenden Provinzen betonten. Die meisten Menschen feierten die Geburt Jesu Christi im Kreis ihrer Familien, so dass es nur zu kleineren Zwischenfällen kam. Auch auf Bougainville verdiente das „Fest des Friedens“ diesen Namen – verglichen mit gewalttätigen Übergriffen aufgrund von Alkoholmissbrauch in den vergangenen Jahren. Dazu hat die Präsenz von australischen Polizisten in Arawa einen wesentlichen Beitrag geleistet. (*National 28.12. und 30.12.04*)

Über 900 Gläubige versammelten sich in Vanimo, West Sepik, zum landesweiten Weihnachts-Camp des Revival Centres of PNG. Es fand vom 24. Dezember bis 2. Januar statt und wird seit sieben Jahren veranstaltet. Der Hauptredner Pr. Godfrey Wippon betonte die Wichtigkeit, wiedergeboren zu sein und sich auf die Wie-

derkunft Jesu vorzubereiten.
(National 06.01.05)

HIV/AIDS

Die verschiedenen Kirchen und Denominationen spielen bei der Aufklärungsarbeit über HIV/AIDS eine immer wichtigere Rolle. Isu Aluvula, der zuständige Koordinator für den National Capital District, betonte bei einer Fortbildung für Kirchenführer die großen Chancen, die sich für diese Arbeit im Rahmen der Kirchen auftäten. So gebe es alleine in Port Moresby über 200 verschiedene Glaubensorganisationen, die jede Woche Kontakt mit etwa 200.000 Menschen hätten. Dieses Kapital könne man nicht ungenutzt lassen, um die Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung in Sachen HIV/AIDS voranzutreiben.

Die Röm.-Kath. Kirche in Mendi betonte, dass es in ihrer Diözese kaum noch jemanden gebe, der nicht durch Aufklärungskampagnen über HIV/AIDS informiert worden sei. Woran es jetzt vor allem fehle, sei die Umsetzung des theoretischen Wissens in angemessene alltägliche Verhaltensweisen.

Sir Mekere Morauta rief dazu auf, den Kampf gegen HIV/AIDS mit äußerstem Engagement zu führen. Inzwischen gebe es bereits über 100.000 HIV-Infizierte in PNG, wobei sich die Infektionsrate jedes Jahr verdoppele. Bei Blutspendern in East New Britain wurde eine Infektionsrate von 6 % festgestellt, in Port Moresby betrug sie bereits 18 %. (National 30.12.04, 01.02. und 04.02.05, Wantok Nr. 1584)

AUS DER ÖKUMENE IN PNG

Hilfe für Tsunami- und Vulkanausbruchs-Opfer

Die verheerende Flutkatastrophe in Südostasien hat auch die

Menschen in Papua-Neuguinea zu beachtlichen Hilfsaktionen veranlasst. Neben zahlreichen Gottesdiensten wurden an vielen Orten Hilfssammlungen durchgeführt. So stellte z.B. das Kainantu Inter Church Council über 7.000 Kina (ca. 1.700 Euro) für die Flutopfer zur Verfügung. Der Vorsitzende Joseph Boas übergab das Geld an das Rote Kreuz in Kainantu.

Neben Geldsammlungen wurden auch zwei Lastwagenladungen mit Kleidung und Lebensmitteln für die Opfer des Vulkanausbruchs auf Manam Island gesammelt und nach Madang gebracht.

Zum Kainantu Inter Church Council gehören die Röm.-Kath. Kirche, die Luth. Kirche, die Siebenten-Tags-Adventisten, Four Square, die United Church, die Anglikanische Kirche und die Christian Revival Churches. (National 03.02.05, Wantok Nr. 1592, 1594)

Der Glaube verändert Menschen

Dass der Glaube an Jesus Christus auch heute noch eine friedensstiftende Wirkung in PNG haben kann, hat die Polizei im Südlichen Hochland bestätigt. Nach einer mehrwöchigen Evangelisationsveranstaltung des Wesleyan Evangelical Gospel Ministry in Koroba, Southern Highlands Province, änderten über 500 Krieger ihr Leben. Sie gaben ihre modernen und traditionellen Waffen sowie Marihuana ab und beendeten damit die seit April 2002 anhaltenden Stammeskämpfe zwischen den vier verfeindeten Clans der Tokomu, Beteke, Yatamali und Makuja.

„Das war das erste Mal in unserer Geschichte, dass ein Kampf beendet wurde, ohne dass Kompensationszahlungen geleistet wurden“, sagte ein Stammesführer. Der Leiter der

Evangelisationsveranstaltung, Steven Aguai, erklärte dazu, dass es die Botschaft von Gottes verändernder und rettender Gnade gewesen sei, die die Menschen zur Umkehr geführt habe. Während der feierlichen Friedenszeremonie wurden alle Waffen sowie das Marihuana verbrannt. (Post Courier 25.01.05)

Kirche in der Gesellschaft

Führende Regierungsmitglieder in Asien und im Pazifik haben die wertvolle Rolle der Kirchen und religiösen Gemeinschaften anerkannt und ihren Beitrag zum Aufbau von harmonischen Gesellschaften gewürdigt – so eine Erklärung von Lady Carol Kidu und acht Kirchenführern nach ihrer Rückkehr vom ersten „Interreligiösen Dialog“ in Indonesien. „Es wurde wahrgenommen und anerkannt, dass die Kirchen viel näher an den Menschen dran sind, als die Politiker und dass sie die Situation der einfachen Menschen viel genauer kennen“, sagte sie. Die Veranstaltung wurde initiiert vom australischen Außenminister Alexander Downer und dem Präsidenten Indonesiens, Susilo Bambang Yudhoyono. An dem Treffen nahmen 133 Vertreter verschiedener christlicher Denominationen, des Judentums, des Islam, des Buddhismus, der Bahai und einiger Naturreligionen aus 13 Ländern der Region teil. Diskutiert wurden Themen wie z.B. Terrorismus, Armut, Frieden und HIV/AIDS. (Post Courier 10.12.04)

Nach Ansicht des Abgeordneten für Lufa, Eastern Highlands Province, Yawa Silupa, sollte die Regierung die Arbeit der Kirchen in den abgelegenen Gebieten PNG's anerkennen und sie finanziell unterstützen. Neben der geistlichen Arbeit leisteten sie einen wichtigen Beitrag zu einer grundlegenden Versorgung dieser Gegenden. Für die über 700 kleinen Kirchen in seinem Wahlkreis stellte

er 25.000 Kina (ca. 6.000 Euro) zur Verfügung. *(National 03.02.05)*

Der Council of Churches in der Hela-Region im Südlichen Hochland hat ein durchgängiges Alkoholverkaufsverbot für die gesamte Provinz gefordert. Der Vorsitzende, Rev. Holene Yawai, begründete den Vorstoß mit dem Hinweis darauf, dass über 90 % der Gesetzesverstöße und kriminellen Zwischenfälle mit dem Missbrauch von Alkohol zusammenhängen. Die Hauptleidtragenden seien Frauen und Kinder. *(National 24.01.04)*

Die Röm.-Kath. Kirche in der Southern Highlands Province hat sich deutlich gegen Kompensationszahlungen nach Vergewaltigungen oder ähnlichen Verbrechen ausgesprochen. Stattdessen sollten alle Verbrechen gegen Frauen und Kinder bei der Polizei angezeigt und durch die Gerichte geahndet werden. Bischof Stephen Reichert wies darauf hin, dass Kompensationszahlungen dem erlittenen Unrecht nicht gerecht würden. Stattdessen profitiere der eigene Clan sogar noch von den erhaltenen Geldern und verprasse sie mit Alkohol und Glücksspiel. Die betroffenen Frauen würden mit ihrer traumatischen Erfahrung alleine gelassen. „Vergesst Kompensationsforderungen! Männer, die Frauen vergewaltigen, gehören für eine lange Zeit ins Gefängnis, wie es das Gesetz vorsieht – ganz egal, ob es sich dabei um Geschäftsleute, Beamte, Studenten oder irgendjemanden sonst handelt“, sagte der Bischof. *(National 31.01.05)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Priester beantragen Auflösung des Zölibats

Australien: Der „Nationale Rat katholischer Priester“ hat in einem Schreiben an die Bischofskonferenz im Vatikan die Auflö-

sung des Zölibats gefordert. Hal Ranger, der Präsident des Kirchenrates, erklärte, man strebe auch die Wiederaufnahme katholischer Priester an, die wegen einer Heirat vom kirchlichen Dienst suspendiert werden mussten. Grund des Schreibens nach Rom ist der akute Priestermangel. Nur 1.650 ordinierte katholische Geistliche kümmern sich um die fünf Millionen Katholiken auf dem fünften Kontinent. Ranger befürchtet, dass katholische Christen zukünftig nicht mehr die Sakramente erhalten könnten, weil es zu wenig Geistliche gibt. Der Kirchenrat, in dem sich gut die Hälfte aller Priester zusammengeschlossen hat, will durch die Beendigung des zölibatären Lebens den Priesterberuf attraktiver gestalten und so Nachwuchs heranziehen. *(Artikel von J.R.; AFP 26.01.05, Tahitipresse 26.01.05, SMH online)*

Rolle der Kirche

Fidschi: Die Methodistische Kirche von Fidschi und Rotuma muss nach Ansicht ihres ehemaligen Präsidenten Rev. Josateki Koroi auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes spielen. Zwischen Koroi und seinem Nachfolger Rev. Jione Langi kam es zu Auseinandersetzungen, nachdem Langi sich für eine deutliche Trennung von Kirche und Politik ausgesprochen hatte. Allerdings werde sich die Kirche selbstverständlich auch weiterhin für die Belange der Menschen und des Landes einsetzen, betonte er. *(Fiji Times 20.01.05)*

PCC kritisiert Flosse

Pazifik: Die Pacific Conference of Churches (PCC) mit Sitz in Suva, Fidschi, hat Gaston Flosse, dem langjährigen Präsidenten von Französisch-Polynesien, „Angstmacherei“

und unlautere Wahlkampfmethoden vorgeworfen. „Wir verurteilen schmutzige politische Kampagnen in Tahiti und wir beten für ein friedliches und gerechtes Ergebnis der Wahlen“, erklärte ein Sprecher des PCC. Flosse wird vorgeworfen, er nutze den niedrigen Entwicklungsgrad der pazifischen Inseln aus, um Wähler einzuschüchtern, damit sie sich nicht für die Opposition entschieden, die eine Unabhängigkeit von Frankreich anstrebt.

„Es ist unsere Hoffnung, dass die Menschen von Maohi (der ursprüngliche Name Franz.-Polynesiens) trotz der schmierigen Kampagne von Gaston Flosse erkennen, dass es im restlichen Pazifik noch eine andere Welt gibt: eine ärmere, aber eine freie.“ *(NewsPAD-pacific 09.2.05)*

Kardinal feiert Jubiläum

Samoa: Kardinal Pio Taofinu'u, der höchste Vertreter der Röm.-Kath. Kirche in Samoa, feierte im Dezember sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Der 84-jährige Kardinal wurde bekannt für seine Verdienste um eine echte Inkulturation des Evangeliums und liturgischer Formen in den pazifischen Kontext. Taofinu'u ist der erste Pacific Islander, der zum Kardinal ernannt wurde. *(Pacific Magazine, February 2005)*

PAZIFIK ALLGEMEIN

„Öko-Terrorismus“ gefährdet Inseln

Mauritius: Vom 10. bis 14. Januar 2005 tagte in Port Louis (Mauritius) der fünfte Gipfel der „Alliance of Small Islands States“ (AOSIS). Der Gipfel fand im Rahmen des Internationalen

Treffens zum Rückblick auf das vor zehn Jahren beschlossene „Barbados Programme of Action (BPOA) for the Sustainable Development of the Small Island Developing States“ (SIDS) statt.

2.000 Teilnehmer aus 110 Staaten diskutierten unter Leitung des Premierministers von Mauritius, Paul Raymond Bérenger, u.a. über die Auswirkungen des Klimawandels auf die kleinen Inselstaaten im Pazifik und im Indischen Ozean.

Die Flutwelle vom 26. Dezember 2004 mit ihren rund 280.000 Todesopfern habe einmal mehr deutlich gemacht, wie verletzlich kleine Inselstaaten seien, erklärte der Generalsekretär des internationalen Treffens, Anwarul K. Chowdhury. SIDS seien in besonderer Weise von Naturkatastrophen betroffen.

An dem Treffen nahmen Vertreter nahezu aller pazifischen Inselstaaten teil. Regierungschefs, Minister und Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen warben um den Schutz der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der pazifischen Inseln. In Podiumsdiskussionen äußerten sich die Sprecher der Pazifikstaaten zu den Auswirkungen des Klimawandels. Die am stärksten vom Anstieg des Meeresspiegels betroffenen niedrig gelegenen Staaten Tuvalu und Kiribati hatten die Gelegenheit zu einem offiziellen Statement.

Der Premierminister von Tuvalu, Maatia Toafa, beklagte das mangelnde Umweltengagement der Industrieländer mit den höchsten Kohlendioxid ausstoßen. Die industrialisierte Welt täte nicht genug zur Reduktion der klimaschädigenden Gase, erklärte Toafa. „Die Zukunft unserer Atolle ist ungewiss“, sagte Toafa weiter. Man sei nicht nach Mauritius gekommen, um ein „neues Kanu für die SIDS zu schnitzen“, denn das BPOA sei ein sehr solides Gefährt. Nun

müsse man nur die im Barbados-Programm gefassten Beschlüsse auch in die Praxis umsetzen, dafür sei politisches Engagement entscheidend, so Toafa. Die Visionen von Barbados könnten erreicht werden. Wichtig sei es, das Kanu durch die aufkommenden Winde und Wellen der Globalisierung zu paddeln, schilderte Toafa in blumigen Worten. (engl: „...we continue to also paddle through new emerging winds and waters of globalization“.)

Anote Tong, Präsident der Republik Kiribati, fand starke Worte: Länder, die sich dem Klimaschutz verweigerten, betrieben einen regelrechten „Öko-Terrorismus“.

Der Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien, Joseph J. Urusemal, warnte vor den Gefahren des Meeresspiegelanstiegs für Mikronesien und bat alle Staaten, das im Februar in Kraft getretene Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz zu ratifizieren. Es sei unverständlich, dass industrialisierte Länder immer noch die Exklusiven Ökonomischen Zonen der Pazifikstaaten mit Schiffen voll radioaktiven Mülls sowie Plutonium durchfahren dürften. Es gäbe keinen Vertrag über die Haftung von Schiffseignern für eventuelle Schiffsunglücke und auch von Kompensationen im Falle eines Unfalls mit radioaktivem Müll sei nicht die Rede, bemängelte Urusemal. Schon ein einziger Unfall mit den gefährlichen Stoffen könne das Ökosystem der mikronesischen Staaten zerstören.

Energieminister Moi Avei aus Papua-Neuguinea verglich die Auswirkungen des Tsunami in Südostasien mit der Flutwelle von Aitape (Nordküste der Sandaun Province) im Jahr 1998. Man könne mit den Opfern mitfühlen, erklärte Avei. Der Minister mahnte, SIDS dürften nicht nur als Nehmerländer verstanden werden, sie hätten

auch hohes Potential als Handelspartner in der globalen Marktwirtschaft. Allerdings seien sie in vielerlei Hinsicht auf die Hilfe durch die internationale Gemeinschaft angewiesen, etwa bei der Überwachung illegaler Fischerboote in ihren Gewässern.

Die teilnehmenden Staaten verabschiedeten zum Schluss des fünftägigen Gipfels die sogenannte „Erklärung von Mauritius“. In ihr heißt es, die SIDS litten bereits jetzt massiv unter den Auswirkungen des globalen Klimawandels. Adaptionsmechanismen an die veränderte Umwelt stünden im Mittelpunkt der Bemühungen vieler niedrig gelegener Inseln. Auf der Prioritätenliste stünden auch die Nutzung erneuerbarer Energien und sauberer fossiler Brennstoffe.

In der Mauritius-Erklärung heißt es zum Thema „Handel“, Inselstaaten hätten aufgrund ihrer isolierten Lage und geringen Größe starke Schwierigkeiten bei der Integration in die globale Weltwirtschaft. Die Beteiligung der Pazifikstaaten an den Entscheidungsprozessen der Welt Handelsorganisation WTO sei deshalb dringend geboten. (*Flash d'Océanie 14.01.05, Tuvalu Statement 13.01.05, Mauritius Erklärung unter <http://www.un-ngls.org/sids6-eng.pdf>, Tuvalu News 13.01.05, UN Press Release ENV/DEV/SIDS/6 vom 14.01.05, <http://www.un.org/News/Press/docs/2005/tad2002.doc.htm>*)

UNEP-Bericht warnt vor Übervölkerung und Klimawandel

Die globale Klimaerwärmung und die Überfischung der Küstengewässer sind die größten Umweltbedrohungen für Gesundheit und Wohlstand der Menschen im Pazifik. Zu diesem Ergebnis kommt der Anfang des Jahres vorgelegte 91-seitige Bericht „Pacific Environment Outlook 2004“ des Umweltprogramms der Verei-

ten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP). Übervölkerung sei ein weiteres Problem. Mit zum Teil mehr als 2 % Bevölkerungswachstum jährlich sind viele kleinere Inseln von Übervölkerung bedroht. So leben beispielsweise heute auf der Insel Betio im Atoll Tarawa (Republik Kiribati) mehr als 40.000 Menschen, was in etwa der Bevölkerungsdichte der Millionenstädte Hongkong oder Singapur entspricht. Hier sei die Tragfähigkeit des ökologischen Systems („carrying capacity“) nahezu überschritten, heißt es in dem UNEP-Dokument. In den nächsten 30 Jahren werde sich die Bevölkerung im Pazifik (derzeit 8,6 Millionen) verdoppeln, befürchten die Vereinten Nationen. Die hohe Bevölkerungsdichte führe zu Trinkwasserknappheit, mangelhafte Abwässersysteme trügen gleichfalls zum „Wasserproblem“ bei. Mit der hohen Bevölkerungsdichte einher gingen Konflikte um Land und landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Durch (illegalen) Holzeinschlag gerodeter Wald würde nicht wieder aufgeforstet, der Anbau immer gleicher „cash crops“ mache die Böden auf Dauer ärmer und unfruchtbar.

Die Umwelt werde auch durch nicht-recyclebaren Müll in Mitleidenschaft gezogen. Solange sich die Pazifikinsulaner durch Subsistenzwirtschaft mit traditionellen Lebensmitteln versorgten, gab es nur geringe Mengen an Müll. Mit der Umstellung auf importierte Lebensmittel in Dosen und Plastikverpackungen trat das Problem der Müllentsorgung auf. Meist werden Verpackungsreste auf die Straße geworfen in der Hoffnung, dort zu verrotten. Der „wild“ abgeladene Müll sei nicht nur ein ästhetisches Ärgernis für die Touristen, heißt es in dem UN-Bericht, sondern gefährde auch die Sauberkeit von Grundwasser. Über das Grundwasser gelangten giftige Stoffe aus den

Abfällen ins Meer und über die Nahrungskette Fisch zurück in den Menschen. Ins Meer geleitetes Brauchwasser sowie durch Regen von den Feldern gewaschene Pestizide führten zu einer Zunahme giftiger Algen in Küstennähe, die wiederum zu vergifteten Fisch führten.

Der Bericht schließt mit einer Reihe von Empfehlungen für die Pazifikstaaten. Umweltschutz könne durchgesetzt werden, wenn sich ein Staat der „guten Regierungsführung“ verschreibe. Wichtig sei auch die Zusammenarbeit auf nationaler und lokaler Ebene unter Einbeziehung von Akteuren aus der Umweltbewegung, also z.B. Nichtregierungsorganisationen.

Die nationalen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung (National Sustainable Development Strategies, NSDS) müssten weiter unterstützt werden. Investitionen in „capacity building“-Projekte und Projekte auf Gemeindeebene seien notwendig, um Umweltschutz als Priorität pazifischer Regierungen zu verankern. (UNEP News Release 06.01.05, Pacific Environment Outlook, 2004, http://www.unep.org/pdf/sids/Pacific/_EO_final.pdf)

Tourismusboom

Anfang des Jahres legen die Fremdenverkehrsämter der pazifischen Staaten traditionell ihre Besucherzahlen vor. Gleich mehrere Pazifikstaaten haben für das vergangene Jahr einen neuen Besucherrekord zu verzeichnen. So zählte das „Fiji Visitors Bureau“ in 2004 507.000 Besucher, eine Steigerung um 18 % im Vergleich zum Vorjahr. Allein 130.000 Neuseeländer nutzten die neue Flugverbindung nach Fiji mit den Billigfluglinien Pacific Blue und Freedom Air.

Neuseeland verzeichnete mit 2,3 Millionen Besuchern einen neuen Rekord. Im Vergleich zu

2003 stieg die Zahl der Touristen um 16 %. Die meisten Besucher reisten aus Australien und Großbritannien an.

Nach Australien reisten im vergangenen Jahr 5,2 Millionen Besucher, in 2003 waren es noch 4,7 Millionen. Das Statistische Amt ermittelte, dass 51 % der Besucher Feriengäste waren.

Einzig Französisch-Polynesien verzeichnete im letzten Jahr einen Rückgang von Besuchern. Mit 211.893 Touristen kamen 874 weniger als im Jahr 2003. Der Großteil der Gäste (rund 45.000) kam dabei aus Frankreich, sowie aus Italien (10.278 Besucher) und England (8050 Besucher). Immerhin 4412 Deutsche besuchten Tahiti und seine Inseln.

Das „Tourismusbarometer“ der Welt-Tourismus-Organisation (World Tourism Organization, WTO) meldete einen neuen Touristenrekord im Jahr 2004. 760 Millionen Menschen (+ 10 % im Vergleich zu 2003) waren im letzten Jahr beruflich oder privat unterwegs. Die Region „Asien/Pazifik“ verzeichnete laut der Tourismusorganisation einen Aufschwung um 29 %, der sich durch den Rückgang der SARS-Krise sowie durch den guten Wechselkurs des amerikanischen Dollars erklären lässt. In die Region reisten insgesamt 154 Millionen Menschen.

Bereits Ende letzten Jahres veröffentlichte die in Neuseeland ansässige Nichtregierungsorganisation Dev-Zone einen Verhaltenskodex für Reisende in den Pazifik. Der „Responsible Tourism Code for the Pacific“ wurde von der Südpazifischen Tourismusorganisation (South Pacific Tourism Organisation, SPTO) übernommen, die Mitgliedsländer der SPTO werden zur Einhaltung des Kodex angehalten. Der Leitfaden für Reisende rät u.a.,

einige Ausdrücke in der Landessprache zu lernen, sich im Besucherzentrum des Landes über lokale Sitten und Gebräuche zu informieren, sich kulturell angemessen zu verhalten (Kleidung, Benehmen), Korallen zu schützen, lokales Handwerk und lokale Lebensmittel den Importprodukten vorzuziehen und auf den Märkten und in Geschäften nicht um den Preis zu feilschen. (*Flash d'Océanie* 17.02.05, *Tahiti Presse* 22.02.05, www.spto.org/spto/cms/index.shtml, www.world-tourism.org/newsroom/Releases/2005/january/2004numbers.htm, www.responsibletourism.org.nz/index.html)

BRENNPUNKT INDONESIEN

Spanier setzen auf indonesische Fischer

Spanien: Die Fischereiflotte der spanischen Provinz Galizien erwartet im Jahr 2005 die Ankunft von bis zu 400 indonesischen Fischern. Bereits seit Mitte 2004 sind indonesische Seeleute in den Häfen der Provinz beschäftigt. Rund 120 Fischer kamen im letzten Jahr nach Galizien, um auf den spanischen Fischerbooten zu arbeiten. Spanien verzeichnet seit Jahren einen Rückgang an qualifizierten einheimischen Arbeitskräften im Fischereigewerbe.

Der indonesische Botschafter Rachmat Rnudiwinaja besuchte im Dezember 2004 den Hafen von Celeiro und unterzeichnete dabei das Abkommen über die Arbeitsverträge für indonesische Fischer mit der eigens gegründeten „Fishing Work Corporation“ (FWC) unter Leitung von José Fraga. In der Fishing Work Corporation haben sich zwei Reedereien aus dem Ort A Mari_a zusammengeschlossen.

Sie werben indonesische Arbeiter an und wickeln auch die Verträge ab. Die Corporation garantiert den Arbeitgebern qualifiziertes Personal, das zunächst für sechs Monate oder ein Jahr angestellt wird. Die spanische Einwanderungsbehörde, sonst eher skeptisch gegenüber Arbeitern aus dem Ausland, steht den Aktivitäten der FWC positiv gegenüber.

Die Vermittlungsagentur arbeitet bereits so erfolgreich, dass italienische und irländische Reedereien ebenfalls nach indonesischen Fachkräften nachgefragt haben. (*La Voz de Galicia* 29.02.04, *Atuna.com* 03.12.04)

WALHI-Chef stirbt bei Tsunami

Der Geschäftsführer der indonesischen Umweltschutzorganisation WALHI (Wahana Lingkungan Hidup Indonesia, Indonesisches Forum für die Umwelt), Mohammad Ibrahim, und seine Familie sind bei der Flutwelle vom 26. Dezember 2004 getötet worden. Die Leichen der drei Menschen wurden unweit ihres Hauses in der Provinzhauptstadt Banda Aceh (Provinz Aceh) gefunden.

WALHI ist Mitglied bei „Friends of the Earth International“. Das Forum ist Indonesienweit der größte Zusammenschluss von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen. WALHI ist mit 440 Mitgliedsorganisationen in 25 Provinzen präsent. Ziele des Forums sind u.a. die soziale Umgestaltung, die Souveränität der verschiedenen Ethnien in Indonesien und die Nachhaltigkeit bei der Sicherung des Lebensunterhalts. WALHIS Motto lautet: „*Ein Leben in einer gesunden Umwelt ist ein Menschenrecht.*“ (*Regenwald Report* 1/2005, S.5, *Pressemitteilung Friends of the Earth* 04.01.05, <http://www.eng.walhi.or.id/ttgkami/>)

Indonesischer Vorsitz bei UN-MR-Kommission

Der ehemalige ständige Vertreter Indonesiens bei den Vereinten Nationen, der Indonesier Makarim Wibisono, ist Mitte Januar zum Vorsitzenden der UN-Menschenrechtskommission ernannt worden. Die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) sieht in der Wahl des 57-jährigen promovierten Indonesiers eine wichtige Gelegenheit für Indonesien, die Menschenrechtsreformen zu fördern und noch ausstehende Menschenrechtspakte und –übereinkommen zu ratifizieren. Die Wahl Wibisonos sei auch ein Zeichen dafür, wie ernst man in Indonesien die Rolle der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Menschenrechtskonvention nähme, so eine AI-Pressemitteilung.

Indonesien hat erst fünf der insgesamt sieben Übereinkommen unterzeichnet, die gemeinsam die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der Vereinten Nationen ausmachen. Es fehlt die Unterzeichnung des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“ sowie die Unterzeichnung des „Paktes über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“. (*Pressemitteilung AI* 24.01.05, <http://www.indonesia-berlin.de/>)



BERICHTE AUS DEN INSELSTAATEN

MELANESIEN

Wahlrecht nur für Langzeiteinwohner

Straßburg/Neukaledonien:

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 14. Januar 2005 ein grundlegendes Urteil zum Wahlrecht in Neukaledonien gefällt. Vor dem Straßburger Gericht hatte der französische Lehrer Bruno Py geklagt. Er war 1995 für einige Jahre Gastdozent an der französischen Universität von Nouméa. 1998 wollte Py sich nicht nur an den Kommunalwahlen in den drei Provinzen beteiligen, sondern auch an der Wahl des Kongresses (= Parlament) und an der Abstimmung über den zukünftigen politischen Status des französischen Übersee-territoriums. Dies war ihm verweigert worden mit der Begründung, an den Wahlen zum Kongress und den Provinzversammlungen dürften nur diejenigen teilnehmen, die länger als zehn Jahre in Neukaledonien gelebt haben. Bruno Py klagte

aufgrund des Verbots beim Europäischen Gerichtshof auf Verletzung des Rechts auf freie Wahlen und auf Diskriminierung auf Grundlage seiner Staatsbürgerschaft.

Das französische Mutterland hatte in der Satzung zu der institutionellen Organisation des Übersee-territoriums die Klausel der zehnjährigen Residenzpflicht eingeführt, um zu verhindern, dass ausländische Bürger zu hohem Einfluss auf die Innenpolitik des Landes haben. Wählen dürften nur die Personen, in deren Interesse die politische Zukunft des Landes läge. Dieser Argumentation schloss sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte an. Er begründete sein Urteil weiter damit, dass sich Neukaledonien auf dem 1998 mit dem Nouméa-Abkommen beschlossenen Weg in die Unabhängigkeit befände. In dieser Phase sei es nicht von Vorteil, nur kurzfristig im Land lebende Ausländer am Wahlprozess zu beteiligen. Der Gerichtshof argumentierte weiter, Bruno Py habe nicht nachweisen können, dass er durch die Innenpolitik Neukaledoniens genauso betroffen sei wie ein neukaledonischer Staatsbürger. Außerdem rechtfertige die besondere Geschichte und der aktuelle politische Status von Neukaledonien die Anpassung des freien Wahlrechts an „lokale Bedürfnisse und Anforderungen“. (*Oceania Flash* 14.01.05, <http://www.echr.coe.int/Eng/Press/2005/Jan/ChamberJudgments110105.htm>)

Neuer Windpark

Neukaledonien: Die französische Firma „Vergnet Pacific“ hat den Aufbau eines zweiten Windparks im Norden der Hauptinsel nahezu abgeschlossen. Die Windmühlen sollen den Strom für die Städte Koné, Voh und Pouembout erzeugen. Insgesamt sollen 42 Windmühlen im Windpark „Kafeate“ aufgestellt werden.

Gwenn Paturel, Entwickler bei Vergnet Pacific, erklärte, es handele sich um Windmühlen der neuesten Generation. Sie hätten einen Rotordurchmesser von 32 Metern und seien 55 Meter hoch. Außerdem seien sie mit einem Orientierungssystem ausgestattet, das die Blätter immer in die ideale Stellung zum Windeinfall bringe.

Bereits Anfang 2003 hatte der private französische Investor einen Windpark mit 31 Mühlen in der südlichen Provinz in Prony errichtet. Die Kosten für die Windparks hat die französische Stromfirma Enercal im Austausch für Steuererleichterungen für Investoren im Bereich der Infrastruktur übernommen.

Der Kafeate-Windpark soll eine Leistung von elf Megawatt erbringen. Beide Windparks zusammen könnten bei voller Auslastung bis zu 30 % des von allen neukaledonischen Haushalten benötigten Stroms erzeugen.

Zur Info: Sogenannte Windenergieanlagen (WEA) sind moderne High-Tech-Kraftwerke. Die Bewegungsenergie des Windes wird von den Rotorblättern aufgenommen, zunächst in mechanische Rotationsenergie und dann über einen Generator in elektrischen Strom umgewandelt. Die Höhe der Stromproduktion hängt dabei von der Windgeschwindigkeit und dem Rotordurchmesser ab. Die Windgeschwindigkeit nimmt mit der Höhe zu, mit großen Rotorblättern lässt sich die Energieausbeute erheblich steigern. Heute dominiert der dreiflügelige, horizontal gelagerte Rotor. Er hat sich als mechanisch belastbar, optisch ausgeglichen und geräuscharm bewährt. In der Regel ist er so ausgelegt, dass die optimale Leistung des Generators bereits bei einer Windgeschwindigkeit von 11-15 m/s erzielt wird und auch bei schwachem Wind schon effektiv arbeitet. Ist der

Wind zu stark, wird die Leistung herabgeregelt, um eine gleichmäßige Einspeisung zu gewährleisten.

Bundesweit waren Ende 2004 16.543 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 16.628,75 Megawatt installiert. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um rund 13,8 %. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 1.201 weitere Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 2.036,90 Megawatt installiert.

(<http://www.wind-energie.de/>, *Oceania Flash* 26.02.05, *SIDSnet* 19.02.03)

Suizide im überfüllten Gefängnis

Neukaledonien: Mit drei Suiziden von Gefängnisinsassen hat das Gefängnis „Camp Est“ nahe der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa für Schlagzeilen gesorgt. In den letzten vier Monaten erhängten sich drei Männer mit Bettlaken in ihren Zellen. Elie Poigoune, Präsident der lokalen Menschenrechtsorganisation „Ligue des Droits des Hommes en Nouvelle Calédonie“ (Menschenrechtsliga) sagte, auch Straftäter hätten das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.

Poigoune führt die Suizide auf die Haftbedingungen in dem bereits im Jahr 1876 gebauten Gefängnis zurück. In dem für 190 Häftlinge vorgesehenen Gebäude sitzen zur Zeit 380 Häftlinge aus Neukaledonien sowie aus Wallis und Futuna ein. Die Überfüllung führe zu Mängeln in der Hygiene, zumal sich bis zu fünf Häftlinge eine Zelle ohne ausreichende Belüftung teilen müssten. Chronischer Personalmangel sowie das Fehlen jeglicher psychologischer Hilfe durch Sozialarbeiter verschärften die Situation weiter.

Der Präsident der „Gewerkschaft für Kanaken und ausgebeutete Arbeiter“ (Union Syndicale des Travailleurs Kanak et Exploités, USTKE), Gérard Jodar, erklärte, pro fünf Häftlinge gäbe es nur einen Aufseher. Eigentlich müsste ein Aufseher für je drei Häftlinge zuständig sein.

Der Rekrutierungsprozess für die Gefängniswärter ginge jedoch immer noch von Frankreich aus. Diese Zustände seien unhaltbar, es würde Zeit, dass die Provinzregierung sich eigenverantwortlich um die Einstellung von Gefängnispersonal kümmern dürfe. Außerdem sei dringend der Neubau eines Gefängnisses geboten.

(*Oceania Flash* 27.01.05, http://prison.eu.org/article.php3?id_article=6194, http://www.ac-noumea.nc/jules-garnier/cdi/classpat/camp_est.htm)

Akkus für Ambae

Vanuatu: Die Gemeinde von Lovanlikoutu (West Ambae) hat über den Botschafter für Australien, den Deutschen Dr. Klaus-Peter Klaiber, ein Abkommen mit der Bundesregierung über ein Solarprojekt für wiederaufladbare Batterien (Akkus) unterzeichnet. 490 wiederaufladbare Nickel-Metal Hydride Batterien sowie zwei durch Solarenergie gespeiste Aufladestationen wurden im Dorf installiert. Nickel-Metal Hydride Batterien können fünf Jahre lang wiederaufgeladen werden, bevor sie endgültig „leer“ sind und umweltfreundlich (da kadmiumpf) entsorgt werden können. Damit sind die Batterien um ein vielfaches stärker als einfache Nickel-Kadmium Batterien.

Lovanlikoutu war durch einen Workshop auf die umweltschädlichen Einweg-Batterien aufmerksam geworden. Im Workshop wurden die Teilnehmer über die Gefährlichkeit der Inhaltsstoffe von Batterien wie Nickel, Lithium, Kadmium und

Silber informiert. Weggeworfene Batterien können auslaufen und die giftigen Stoffe können sich in Pflanzen und Tieren ansammeln, über die Nahrungskette gefährden sie deshalb auch den Menschen.

Im November letzten Jahres nahm das Dorf gemeinsam mit 20 weiteren Dörfern an einer großen Batterie-Säuberungsaktion teil. In der Region Nduindui wurden dabei 16.000 weggeworfene Batterien eingesammelt. Workshopreferenten informierten die Sammler, dass Batterien trocken und luftgeschützt gelagert werden müssen, um ein Auslaufen zu vermeiden. Mangels anderer Möglichkeiten gruben die Dorfbewohner Löcher, in denen sie die in Plastiktüten eingewickelten Batterien endlagerten. Andere füllten die Batterien in leere Trinkwasserflaschen und begruben sie, wieder andere zementierten die leeren Batterien in die Fundamente von Gebäuden.

Lovanlikoutu entschloss sich daraufhin, auf umweltfreundliche Akkus umzusteigen. Zwei Mitarbeiter der amerikanischen Freiwilligenorganisation „Peace Corps International“ unterstützten die Bewohner bei dem Projekt. Außerdem beteiligte sich die „Vanuatu Renewable Energy and Power Association“.

Das „Batterie-Projekt“ ist preisgünstig und schafft lokale Arbeitsplätze. So ist die Nutzung der solarbetriebenen Aufladestation um die Hälfte billiger als der Kauf von Einwegbatterien. Die Betreuung der Ladestation wurde von Einheimischen übernommen. Im ersten Jahr erhofft sich die Gemeinde eine Senkung von Energiekosten um 30 %, im folgenden Jahr um bis zu 50 %.

Lovanlikoutu hat bislang pro Jahr 8.500 Einwegbatterien gekauft und unsachgemäß entsorgt. Das Geld für die aus dem

Ausland importierten Billigbatterien kann nun gespart werden, das Kapital der Dorfbewohner bleibt sprichwörtlich „im Dorf“.

Botschafter Dr. Klaiber erklärte, die Bundesrepublik Deutschland habe die Gemeinde in Vanuatu im Rahmen eines sogenannten „entwicklungsrelevanten Selbsthilfeprojekts“ mit 5.000 Euro finanziell unterstützt. Das habe mehrere Gründe: Zum einen die Abhängigkeit der Gemeinde, die zur ärmsten Bevölkerungsschicht Vanuatus gehört, von Batterien als Stromquelle zur Bestreitung des täglichen Lebens. Zum zweiten die Mitarbeit und Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung. Zwei Arbeitsplätze für Jugendliche wurden durch die Ladestation geschaffen und ein Ausschuss der Gemeinde verwaltet das Projekt. Außerdem stellten zuverlässige Kontakte vor Ort die professionelle Durchführung des Projekts sicher. (Email Dr. Klaiber und W. Hass über AA/Berlin 22.02.05, Port Vila Presse 25.01.05, http://www.moltech.com/techdata/appmanuuals/NiMH_Application_Manual.asp)

Vira neuer Koordinator

Vanuatu: Henry Vira ist Ende Januar zum Generalsekretär der „Vanuatu Association of NGOs“ (VANGO) ernannt worden. Vira soll die dritte und letzte Phase des Projekts „VANPID“ begleiten. „Vanuatu Partnerships in Development“ (VANPID) soll die Kapazitäten lokaler NGOs im Projektmanagement stärken sowie lokales Personal für die entwicklungspolitische Arbeit schulen. Dazu finden Workshops in Finanzbuchhaltung, Computersoftware und ‚Anträge schreiben‘ statt. VANPID wird u.a. mit Geldern der Europäischen Union finanziert.

Henry Vira hat langjährige Erfahrung im NGO-Sektor. Er war Vizedirektor der „Foundation for the Peoples of the South Pacific“ (FSP) in Port Vila/Vanuatu,

bevor er fünf Jahre lang die „Pacific Association of NGOs“ (PIANGO) in Port Vila koordinierte. (VANGO Press Release 26.01.05)

Keke vor Gericht

Salomonen: Rebellenführer Harold Keke von der „Guadalcanal Liberation Front“ sowie seine Komplizen Francis Lela und Ronnie Cawa müssen sich vor Gericht wegen des Mordes an Father Augustine Geve, einem katholischen Priester und Parlamentarier für die Provinz Südliches Guadalcanal, verantworten.

Geve war am 20. August 2002 am Strand des Dorfes Haliatu an der Weathercoast von Keke und Cawa mit halbautomatischen Waffen mehrfach in die Brust geschossen worden, er starb an Ort und Stelle.

Keke hat den Mord an Father Geve nie bestritten, sich sogar seiner Taten in der Öffentlichkeit - bei einem Radiointerview und im Gespräch mit der Polizei - geröhmt. Zum ersten Verhandlungstag erschien der Rebellenchef sichtlich gut gelaunt und plädierte auf „nicht schuldig“.

In weiteren Verhandlungen soll Keke zudem der Prozess im Falle der Entführung und des Mordes an sieben Männern der Brüderunität „Melanesian Brotherhood“ gemacht werden.

Keke war von Mitarbeitern der unter australischer Führung stehenden Interventionsgruppe RAMSI (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands) am 13. August 2003 gefangen genommen und in Untersuchungshaft verbracht worden. (Radio NZ 31.01.05, Solomon Star News 01.02.05, BBC News 31.01.05)

MIKRONESIEN

Treffen von Atomtestopfern

Marshall-Inseln: Auf Einladung von Rokko Langinbelik findet vom 25. Februar bis zum 1. März in Majuro, einer Insel der Marshall-Inseln, eine Konferenz von Opfern atomarer Verstrahlung statt. Die 63-jährige Langinbelik ist die Präsidentin einer Vereinigung von Atomtestopfern auf den Atollen Enewetak, Rongelap, Utrik und Bikini, kurz: ERUB. Die Teilnehmer der Konferenz kommen aus Staaten, die von Atombomben(-tests) betroffen waren: Aus Arizona, Japan, Okinawa, den Philippinen, Guam und aus Staaten Mikronesiens. Unmittelbar vor Beginn der Konferenz in Majuro, die vom 2. bis 5. März auf O‘ahu (Hawai‘i) fortgesetzt wird, findet eine Pressekonferenz statt. Erstmals wird eine Betroffene des Reaktorunfalls von Tschernobyl sprechen. Die Ärztin Dr. Lyudmyla Porokhnyak-Hanovska war eine sogenannte „down winder“ (Anmerkung J.R.: Menschen, die in der Hauptwindrichtung des Testzentrums leben) des Atomkraftwerkesunfalls von 1986. Sie arbeitet heute als ärztliche Direktorin für die Nichtregierungsorganisation „Zhinocha Hromada“ (dt. Gesellschaft für Frauen) in der Ukraine. Porokhnyak bewertet die internationale Konferenz von Atomtestopfern als wichtigen Schritt bei der Aufklärungskampagne über die Folgen von nuklearen Tests.

In einer Presseerklärung des in Suva (Fiji) ansässigen „Pacific Concerns Resource Centre“ heißt es, man erhoffe sich von den Teilnehmern der Konferenz eine Vernetzung der „Big Three“ (Tschernobyl, Bikini und Hiroshima). Die Geschichten der Atomtestopfer müssten in die ganze Welt hinausgetragen werden.

Am 1. März jeden Jahres (dem sogenannten „Bikini Day“) gedenken pazifische Staaten der

amerikanischen „Bravo-Bombe“ auf das Atoll Bikini am 1. März 1954. (PCRC 07.02.05)

Taucher unterstützen Bikini-Bewohner

Marshall-Inseln: Bereits zum vierten Mal in Folge haben Sporttaucher die 3.470 Einwohner des Bikini-Atolls finanziell unterstützt. Jeder Einwohner, unabhängig von Alter und Geschlecht, erhielt im Dezember 2004 von den „Bikini Atoll Divers“ 29 amerikanische Dollar. Insgesamt überwiesen die Taucher 200.000 US Dollar, die u.a. für Lebensmittellieferungen an evakuierte Bikini-Bewohner auf den Atollen Ejit, Kili, Majuro and Ebeye genutzt werden sollen. Ende des letzten Jahres feierte die Vereinigung der Sporttaucher auf Bikini ihr neunjähriges Bestehen. Getaucht wird in den Schiffswracks der U.S. Marine und der Japaner, die im Zweiten Weltkrieg in der Lagune vor Bikini versenkt wurden.

Jack Niedenthal erklärte, in den letzten vier Jahren hätten die Taucher 800.000 US \$ an die Bikini-Bewohner überwiesen. Für 2005 rechnet er mit noch höheren Einnahmen, da die Fluggesellschaft Air Nauru einen Direktflug von Australien nach Majuro aufgenommen hat. Schon jetzt habe man viermal so viele Buchungen von Australiern wie in den neun Jahren davor, erklärte Niedenthal. Der 47-jährige gebürtige Amerikaner aus Pennsylvania ist seit 17 Jahren mit einer Frau vom Bikini-Atoll verheiratet und vertritt als Berater („Trust Liaison Officer“) die Interessen der Bikini-Insulaner. (Marianas Variety 06.12.04, Pacific Magazine, Februar 2005, S. 40)

Aktionsjahr gegen den Müll

Kiribati: Das Jahr 2005 ist das „Pazifische Aktionsjahr gegen

den Müll“. Vorreiter bei der Beseitigung dieses Problems ist die Republik Kiribati. Nachdem die Übervölkerung im südlichen Tarawa-Atoll und die rund 6.500 Tonnen Abfall jährlich die Süßwasserlinse unterhalb des Atolls gefährdeten und die Lagune erste Umweltschäden aufwies, gründete sich die Nichtregierungsorganisation (NGO) „Kaoki Mange“ (dt. Gib den Müll zurück!), die mit kreativen Methoden versucht, der Müllberge in Natur und Umwelt Herr zu werden.

Die NGO wird vom Umweltministerium in Kiribati und vom Südpazifischen Umweltschutzprogramm SPREP (South Pacific Regional Environment Program) unterstützt. Gemeinsam fördert man das „Kiribati International Waters Project“ (IWP) in der Gemeinde „Bikenibeu West“. Bei dem Projekt geht es um Lösungen für das „Wasserproblem“, also die Gewinnung von Trinkwasser und die Entsorgung von Abwässern auf den niedrig gelegenen, relativ unfruchtbaren Atollen. Als erstes veranstaltete das IWP einen nationalen Wettbewerb mit dem Titel „Akeatemange“ (dt. Kein Müll!). Beteiligen konnten sich alle Haushalte. Workshops vermittelten den Teilnehmern des Wettbewerbs das nötige Wissen um Mülltrennung und Müllvermeidung. So ging es darum, pflanzlichen Müll zu kompostieren, biologisch abbaubaren Müll in „Grünen Tonnen“ zu entsorgen und allgemein Müll zu vermeiden. Zur Kompostierung wurden sogenannte „Banana Circles“ angelegt: In die Erde gegrabene, mit Karton verkleidete Löcher wurden kreisförmig mit Bananenstauden umpflanzt, in das Loch wurden kompostierbarer Müll (Essensreste etc.) sowie Brauchwasser geschüttet. Die Wettbewerbsgewinner Ruka und Tekori Tekitanga erklärten, durch den Bau ihrer Kompostieranlage hätten sie den Wert des organischen Mülls schätzen

gelernt. Mit dem Kompost konnten sie ihren Garten düngen und die auf den Atollen nur wenige Zentimeter dünne Humusschicht „auffüllen“. Nebenbei entstand aus dem nun fruchtbaren Garten ein Kleingewerbe für Frau Tekitanga. Sie kann die Bananen und den Kohl auf dem Markt verkaufen.

Die Regierung von Kiribati unterstützt das Kompostierungsprojekt nun auch in anderen Gemeinden, da man die neu angelegten Mülldeponien nicht mit organischen Müll „verfüllen“ wollte, hieß es.

Kiribati hatte bereits im vergangenen Jahr mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen das Dosenpfand auf Getränkedosen erfolgreich eingeführt. (Pacific Magazine Februar 2005, S. 19)

POLYNESIEN

Oscar Temaru ist überragender Wahlsieger

Französisch-Polynesien: Bei den partiellen Neuwahlen zur Versammlung Französisch-Polynesiens im Wahlkreis Inseln des Windes (Tahiti und Moorea) am 13. Februar 2005 hat das von Oscar Temaru geführte Wahlbündnis „Union pour la Démocratie“ (UPLD) eine überragende Mehrheit erhalten. Mit 46,94 % der Stimmen deutlich führend, kommt die UPLD in den Genuss der 33 %-Sitz-Bonusklausel für die stärkste Partei und erhält 25 der zu verteilenden 37 Sitze, gegenüber nur 10 Sitzen für die „Tahoeraa Huiraatira“ des Präsidenten Gaston Flosse (40,00 % der Stimmen). Mit deutlichem Abstand drittstärkste Kraft wurde das Wahlbündnis „Alliance pour une Démocratie Nouvelle“ (ADN) unter der Führung von Nicole Bouteau und Philip Schyle, das mit 10,56 % 2 Sitze

erhält. Die vier anderen zur Wahl angetretenen Parteien, Taatira No Te Hau (Robert Tauseau), Porinetia Ora (Reynald Temarii), Te Avei'a (Antonio Perez) und Te Taata Tahiti Tiama (Alexandre Germain) erhielten mit jeweils weniger als 1,5 Prozent keine Sitze.

Die Neuwahlen waren von Paris angeordnet worden, nachdem der französische Staatsrat am 15. November die Wahlen vom 23. Mai letzten Jahres im Wahlkreis Inseln des Windes für ungültig erklärt hatte, weil es angeblich Unregelmäßigkeiten gegeben hätte. Die UPLD hatte damals in diesem Wahlkreis mit 41,33 % gegen 40,87 % für die Tahoeraa eine hauchdünne Mehrheit erhalten, aber aufgrund der Bonusklausel dennoch eine starke Mehrheit von 24 Sitze erhalten (gegen 11 für die Tahoeraa). Gegenüber diesem knappen und deshalb umstrittenen Ergebnis legte die UPLD nun deutlich zu und hat einen unmissverständlichen Vorsprung vor der Tahoeraa. Das Wahlergebnis bestätigte somit, dass Temarus knapper Wahlsieg letztes Jahr nicht ein "Betriebsunfall" war, wie es Flosse und seine Pariser Freunde um Präsident Chirac sich eingeredet hatten, sondern ein erstes Anzeichen eines tiefgründigen Volkswillens zum politischen Wechsel. Deutlich geworden war dies bereits im Oktober letzten Jahres, als Flosse Temaru in einem Misstrauensvotum gestürzt hatte, nach dem ein UPLD-Abgeordneter die Seiten gewechselt hatte, woraufhin mehr als 22.000 Leute in einer Massendemonstration ihre Solidarität mit Oscar Temaru bekundeten und sofortige Neuwahlen in allen Wahlkreisen forderten. Später unterzeichneten knapp 43.000 eine Petition mit dem gleichen Ziel.

Paris leistete dem auf diese Art geäußerten Volkswillen aber kein Gehör, und in den Wahlkreisen der äußeren Inseln

wurden keine Neuwahlen angeordnet, obwohl es dort umso stärkere Unregelmäßigkeiten gegeben hatte. Da die 20 Sitze dieser Wahlkreise mehrheitlich von der Tahoeraa gehalten werden (17 Sitze gegen nur 3 für die UPLD), gibt es in der Versammlung insgesamt trotz des überragenden Wahlsieges der UPLD keine klare Mehrheit. Die UPLD (Bündnis aus Oscar Temarus Unabhängigkeitspartei Tavini Huiraatira und den kleineren Parteien Ai'a Api, Here Ai'a, la Mana Te Nunaa, Heiura-Les Verts, Te Hono E Tau I Te Honoaui, Tapura Amui No Tuhaa Pae und der Gewerkschaft O Oe To Oe Rima) hat nun insgesamt 28 Sitze, während die Tahoeraa auf 27 Sitze kommt, und ADN (Bündnis der Parteien Fetia Api und No Oe E Te Nunaa) 2 Sitze hält. Damit ist die Versammlung erneut ohne klare Mehrheit, wie es schon nach der Wahl im Mai 2004 der Fall war (damals Tahoeraa 28, UPLD 27, Fetia Api 1, No Oe E Te Nunaa 1). Noch verkompliziert wird die Situation dadurch, dass die beiden ADN-Abgeordneten angekündigt haben, politisch neutral zu bleiben und nicht mehr wie letztes Jahr eine Regierungskoalition mit der UPLD einzugehen.

Der Wahlkampf war von zahlreichen Provokationen und Zwischenfällen begleitet und hatte das Land mehr politisch polarisiert als je eine andere Wahl zuvor. Am 5. Februar waren erneut zwischen 15.000 und 25.000 Leute zu einer Massendemonstration für die UPLD erschienen, während die Tahoeraa zahlreiche Autokorsos organisierte, um ihre Präsenz zu zeigen.

Obwohl Flosse angekündigt hatte, zurückzutreten, falls seine Partei die Wahlen verliert, weigerte er sich nach seiner Niederlage, dieser Ankündigung Folge zu leisten und klammerte sich erneut mit allen Mitteln an die Macht, wie er es schon nach

der Wahl im Mai letzten Jahres getan hatte. Die UPLD brachte deshalb einen Misstrauensantrag ein, und am Freitag 18. Februar wurde Flosse mit den Stimmen von UPLD und ADN in einem Misstrauensvotum abgesetzt, führt aber die Regierung weiterhin kommissarisch bis zur Wahl eines neuen Präsidenten. Eine Sitzung zu diesem Zweck wurde für den 28. Februar einberufen. Die beiden ADN-Abgeordneten haben angekündigt, sich bei dieser Wahl der Stimme zu enthalten, was der UPLD nur eine relative Mehrheit von 28 gegen 27 Stimmen gibt. Entsprechend dem Statut reicht eine relative Mehrheit zwar aus, um Oscar Temaru erneut zum Präsidenten zu wählen, doch ohne klare Parlamentsmehrheit wird das Regieren für die neue Regierung recht schwierig, weshalb davon auszugehen ist, dass die politische Instabilität in Tahiti noch lange andauern wird. (Artikel von Lorenz Gonschor. Quellen: Augenzeugnis des Autors, La Dépêche de Tahiti, Les Nouvelles de Tahiti, to'ere, Tahiti-Pacifique)

Rat ernannt Vizepräsident

Fiji: Der Rat der traditionellen Chiefs („Great Council of Chiefs“) hat Ende 2004 einstimmig Ratu Joni Madraiwiwi zum Vizepräsidenten ernannt. Der 46-jährige studierte Rechtswissenschaften in Adelaide/Australien und Kanada und war zuvor einige Zeit Richter am Obersten Gericht der Republik Fiji. Im Zuge des Putsches trat er von seinem Richteramt zurück und machte sich in einer Rechtsanwaltskanzlei als Seniorpartner selbständig.

Madraiwiwi war von Präsident Ratu Josefa Iloilo nominiert worden. Verfassungsgemäß stimmt jedoch der Rat der Chiefs über den Vizepräsidenten ab. Der Rat folgte mit der Wahl einem ungeschriebenen Gesetz, wonach traditionell die Positionen von Präsident und

Vizepräsident rotierend mit Mitgliedern der drei konföderierten fijiianischen Staaten Kubuna, Burebasaga und Tovata besetzt werden. Präsident Iloilo kommt aus Burebasaga. Er ist Nachfolger von Ratu Sir Kamisese Mara aus der Tovata-Konföderation, so dass der Vizepräsident aus Kubuna stammen musste. Madraiwiwi kommt von der Insel Bau (Kubuna), genau wie sein Vorgänger Ratu Jope Seniloli, der im November 2004 von seinem Amt zurückgetreten war. Seniloli sollte wegen Amtsmissbrauch eigentlich eine vierjährige Gefängnisstrafe verbüßen, war jedoch aus gesundheitlichen Gründen nach nur dreimonatiger Haft entlassen worden. Nach der Entlassung war er von seinem Amt als Vizepräsident zurückgetreten. Die verbleibenden zwei Jahre seiner Amtszeit sollen nun von seinem entfernten Verwandten Joni Madraiwiwi übernommen werden.

Anfang Januar schwor Madraiwiwi vor dem Parlament seinen Amtseid. In seiner Antrittsrede versprach Ratu Joni, die „*ethnische Kluft in der fijiianischen Gesellschaft zu heilen*“. (*Islands Business Magazine* 14.12.04, *Fijilive* 10.01.05)

„Brain-Drain“ aus Fiji

Fiji: Einige Staaten im Mittleren Osten haben Fijis Potential an hochqualifiziertem Personal entdeckt. Vertreter aus Kuwait und dem Irak haben bei Besuchen in Suva Personal angeworben. So sendet die Vereinigung der Krankenschwestern von der Fiji Medical School („Fiji Nursing Association“) erstmals Krankenschwestern an den Persischen Golf. Der Mangel an Krankenschwestern in den zum britischen Commonwealth gehörenden Ländern (Australien, Neuseeland und Großbritannien) hatte bereits früher zur Emigration qualifizierten Pflegepersonals geführt. Das an der Fiji Medical School erworbene

Examen wird in allen Commonwealth-Ländern anerkannt.

Zeitgleich mit den Krankenschwestern wird die Arbeitsvermittlungsgesellschaft „Meridian Services“ 400 fijiianische Männer nach Kuwait fliegen. Die Männer sind bei der Firma „Public Warehousing“ unter Vertrag genommen worden. „Meridian Services“ sprach sogar von 5.000 Männern, die längerfristig in Kuwait arbeiten sollen.

Die fijiianische Fluggesellschaft „Air Pacific“ hat in den letzten drei Monaten neun Piloten an die „Oman Airways“, die nationale Fluggesellschaft des Sultanats Oman, verloren. Es handelt sich um hochqualifizierte Piloten mit der Befähigung zum Führen einer Boeing 737. Ein Sprecher der „Air Pacific“ erklärte, man müsse nun als Ersatz „Expatriates“ einstellen, um den Bedarf an Piloten zu decken. Man werde aber schnellstmöglich weitere fijiianische Piloten für das Fliegen der B 737 ausbilden.

Simione Kaitani, Minister für Transport und zivile Luftfahrt, beklagte den Brain-Drain aus Fiji. Er kritisierte außerdem die Land-Stadt-Flucht. Junge arbeitslose Männer aus den Dörfern kämen nach Suva, um dort wochenlang auf einen Arbeitsvertrag mit „Meridian Services“ zu warten. Zwar lobte Minister Kaitani das Bemühen der Agentur, arbeitslosen Männern einen Job im Mittleren Osten zu verschaffen, doch käme es dadurch zu einem Männermangel in den Dörfern. Der Massenzug in die Städte gefährde die wirtschaftliche Lage auf dem Land. (*Fiji Sun online* 27.01., 28.01.05, *Radio Fiji News* 28.01.05, *Fiji Times* 02.02.05)

Drei Zyklone verwüsten Inseln

Cook Islands: In den letzten vier Wochen haben gleich drei

tropische Wirbelstürme Schäden auf den Cook Islands angerichtet. Besonders betroffen waren die Inseln Rarotonga und Aitutaki. Die Häfen auf Mangaia und Mauke wurden schwer getroffen. Die Zyklone Meena, Nancy und Olaf rissen Häuser und Bäume weg. Die Strom- und Trinkwasserversorgung wurde kurzzeitig unterbrochen. Menschen kamen nicht zu Schaden, da das Sturmwarninformationszentrum auf Fiji die Bevölkerung rechtzeitig über die Wirbelstürme informiert hatte. Mit den Stürmen, die eine Windgeschwindigkeit von über 200 Stundenkilometer erreichten, ging eine Springflut einher.

Der Wirbelsturm „Olaf“ wurde von Experten in die höchste, die fünfte Kategorie von Stürmen eingeordnet, es handelte sich demnach um einen „Super-Zyklon“ mit Windgeschwindigkeiten um die 260 km/h. Sturm Meena hatte immerhin eine Stärke der Kategorie vier, während Nancy mit Kategorie zwei den geringsten Schaden anrichtete.

Touristen waren vorsorglich aus Urlaubsressorts in Küstennähe evakuiert worden. Im Hotel „Rarotongan Sunset“ an der Westküste von Rarotonga entstand ein Sachschaden in Höhe von einer Million Dollar. Auch etliche Strand-Bungalows des „Edge-water Ressort“ wurden zerstört.

Die australische Entwicklungsorganisation AusAID koordiniert die Aufbau- und Aufräumarbeiten vor Ort. Französisch-Polynesien, Neuseeland und Australien sandten Katastrophenteams in die Region. (*AFP* 16.02.05, *Pacific Magazine* 17.02.05, www.ck/tuatua.htm)

HAWAII

112. Gedenktag des US-Putsches gegen die letzte hawaiische Regierung

Am 16. Januar versammelten sich ca. 150 Aktivisten der hawaiischen Unabhängigkeitsbewegung auf dem Gelände des 'Iolani-Königspalasts in Honolulu, um der Invasion ihres Landes durch US-Truppen zur Unterstützung eines Putsches amerikanischer Siedler gegen die einheimische Regierung vor 112 Jahren zu gedenken. 1893 hatte eine Gruppe weißer Siedler unter Führung von Sanford Dole und Lorrin Thurston mit dem amerikanischen Botschafter John Stevens konspiriert, um die legitime konstitutionelle Regierung des unabhängigen Königreichs Hawai'i unter Königin Lili'uokalani zu stürzen, und ein pro-amerikanisches Apartheidregime zu installieren, das dann mit den USA die Annexion Hawai'is aushandelte.

Der langjährige Unabhängigkeitsaktivist und Hauptorganisator der Gedenkfeier Kekuni Blaisdell sagte, die jährliche Feier sei vor allem eine Maßnahme gegen das Vergessen. „Die USA wollen, dass wir unsere Geschichte vergessen. Aber wir werden nie vergessen, was sie uns angetan haben. Deshalb versammeln wir uns jedes Jahr hier, um sie daran zu erinnern.“

Gleichzeitig zu der von Blaisdell organisierten Gedenkfeier hatte auch die von Henry Noa geführte „Reinstated Hawaiian Government“ (Wiedereingesetzte Hawaiische Regierung) eine Veranstaltung auf dem Palastgelände abgehalten. Noa und seine Anhänger sind dabei, das Königreich Hawai'i in seiner letzten Verfassung wieder einzusetzen und haben bereits 4.000 registrierte Mitglieder auf allen Inseln Hawai'is, die ihre US-Staatsbürgerschaft zugunsten einer hawaiischen aufgegeben haben. Henry Noa hat

bereits enge Kontakte zu verschiedenen Regierungen im Pazifik geknüpft, unter anderem zum König von Tonga und zum Präsidenten Französisch-Polynesiens Oscar Temaru.

Am Abend zuvor hatten zahlreiche Aktivisten an einer Nachtwache in Mauna 'Ala, dem königlichen Mausoleum, teilgenommen, um an diesem von Mana (spiritueller Kraft) aufgeladenen heiligen Ort in Anwesenheit der Geister ihrer Könige die Einheit und Kontinuität ihrer Nation zu bestärken. Der folgende Tag, der 17. Januar, an dem vor 112 Jahren die Putschisten schließlich unter dem Schutz der US-Invasionstruppen ihre „Provisorische Regierung“ ausriefen, fiel dieses Jahr mit dem US-Feiertag zu Ehren von Martin Luther King zusammen. Auf einer Parade durch die Straßen von Waik_k_, dem Strandviertel von Honolulu, zogen zahlreiche Aktivisten verschiedenster Gruppierungen (Bürgerrechtsinitiativen, Hawaiische Unabhängigkeitsbewegungen, Gewerkschaften etc.) mit den Bildern von Martin Luther King und Königin Lili'uokalani. Der langjährige Unabhängigkeitskämpfer P_k_Laenui sagte, es bestünde große Ähnlichkeit zwischen den beiden historischen Personen: „Beide waren Vorkämpfer für die Bürgerrechte ihres Volkes, das unter Unterdrückung litt.“

(Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Augenzeugnis der Veranstaltungen, Honolulu Advertiser, Honolulu Star-Bulletin)

Renommierter hawaiischer Dirigent abgesetzt

Honolulus neugewählter Bürgermeister Mufi Hannemann hat Ende Januar Aaron Mahi, den langjährigen Dirigenten der der Stadtverwaltung unterstehenden „Königlichen Hawaiischen Musikkapelle“ (Royal Hawaiian Band), seines Amtes enthoben und durch Michael Nakasone

ersetzt. Die Kapelle wurde 1836 von König Kamehameha III gegründet, und spielte bei allen offiziellen Anlässen des Königreichs. Geprägt wurde sie vor allem durch den preußischen Kapellmeister Heinrich Berger, der ihr von 1872 - 1915 vorstand. Nach der Annexion Hawai'is durch die USA wurde die Kapelle von der Stadtverwaltung Honolulu übernommen.

Mahi, der die Band seit 1981 angeführt hatte, ist ein Musiker von internationalem Renommee, ausgebildet in klassischer Musik und kundig in den Traditionen der Musik Hawai'is. Marschmusik preußischen Stils (das Erbe Heinrich Bergers) dirigiert er ebenso vorzüglich wie klassische Werke (er spielt nebenbei auch im Symphonieorchester von Honolulu) und traditionelle hawaiische Musik. Kein anderer Musiker in Hawai'i verfügt über eine vergleichbare Bandbreite. Neben Englisch spricht er fließend Hawaiisch und Deutsch. Mehrere Male gab die Kapelle unter Mahis Führung Gastkonzerte in Europa. Für seine Verdienste um die Fortführung Deutschen Kulturguts in Hawai'i erhielt er vor einigen Jahren das Bundesverdienstkreuz.

Die Entscheidung den erst 51-jährigen Mahi zu entlassen stieß auf starke öffentliche Empörung. Zahlreiche Kommentatoren meinten, der Dirigent einer solch bedeutsamen historischen hawaiischen Institution wie der Royal Hawaiian Band sollte hawaiischer Abstammung sein, hawaiisch sprechen, und ein Kenner hawaiischer Kultur und Musiktradition sein. Der japanischstämmige Nakasone dagegen spricht kein Hawaiisch, hat nur eine mittelmäßige musikalische Ausbildung und verfügt nur über sehr geringe Kenntnisse der hawaiischen Musiktradition. Falls Hannemanns Entscheidung nicht doch noch widerrufen wird, so werde die Band ihren Charakter verlie-

ren und habe kein Recht mehr, die Adjektive „Royal Hawaiian“ zu tragen, so ein Leserbriefschreiber im Honolulu Advertiser.

(Artikel von Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Honolulu Advertiser, Honolulu Star Bulletin)

AUSTRALIEN

Australier ist Kommissionsvorsitzender

Der Australier Glen Hurry ist Ende vergangenen Jahres zum Vorsitzenden der „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ mit Sitz in Pohnpei ernannt worden. Die im Jahr 2000 gegründete Kommission zur Überwachung und Regulierung der Thunfischbestände im westlichen und mittleren Pazifik hat im Dezember 2004 ihre Arbeit aufgenommen. Bereits im Juni 2004 war die Kommission nach der Unterzeichnung und Ratifizierung durch 17 pazifische Inselstaaten (inklusive China, Südkorea und Japan) in Kraft getreten. Zu der Verzögerung war es gekommen, weil sich die Mitgliedsländer nicht auf einen Geschäftssitz einigen konnten. Letztendlich wurde das Büro in Palikir, der Hauptstadt der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), auf der Insel Pohnpei eröffnet. FSM-Präsident Joseph J. Urusemal gab den Startschuss für das ambitionierte Projekt. Bis Dezember 2004 waren folgende Länder der Kommission beigetreten: Australien, China, Cook Inseln, Europäische Union, FSM, Fiji, Japan, Korea, Kiribati, Marshall Inseln, Nauru, Neuseeland, Ni-

ue, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Tokelau, Tuvalu und Tonga.

Die Kommission mit dem langen Titel „Convention on the Conservation and Management of Highly Migratory Fish Stocks in the Western and Central Pacific Ocean“ soll die wandernden Fischarten des Pazifiks überwachen, für ausreichend Schutz der Bestände sorgen und die nachhaltige Fischerei garantieren.

Kommissionsvorsitzender Glen Hurry war zuvor Geschäftsführer des Sektors „Fischerei und Aquakultur“ im australischen Fischereiministerium sowie Leiter der australischen „Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna“.

Zum Geschäftsführer der Kommission wurde Michael Lodge ernannt, Liu Xiaobing vom chinesischen Fischereiministerium wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. (Marianas Variety 14.12.04, <http://www.ocean-affairs.com/>, <http://swfsc.nmfs.noaa.gov/What's%20New/WCPFC.htm>, Atuna.com 07.01.05)

Dromedarplage gefährdet Ökosystem

Zwischen 500.000 und 750.000 frei laufende Dromedare leben in den Wüsten Australiens, vor allem in der Gegend um Alice Springs und im Bundesstaat „Northern Territory“. Die Tiere stellen eine große Gefahr für die Pflanzenwelt in den Trockengebieten dar. Viele Pflanzenarten fallen dem Hunger der Dromedare zum Opfer und sind nun vom Aussterben bedroht. Die Tiere sind fruchtbar, sie vermehren sich jedes Jahr um 10 Prozent. Gab es im Jahr 1984 noch 32.000 Dromedare im Northern Territory, leben allein dort heute mehr als 200.000.

Das Dromedar gehört – wie auch das Trampeltier (zweihö-

ckeriges Kamel) - zur Familie der *Camelidae* (Kamel). Kamele sind ursprünglich nicht in Australien heimisch gewesen, sondern wurden 1840 im Rahmen einer Expedition aus dem Mittleren Osten nach Australien eingeführt. Ab 1866 wurden sie als Arbeitstiere für den Bau der Eisenbahn gezüchtet. Nach 1920 wurden die Tiere durch LKWs ersetzt und in freier Wildbahn ausgesetzt. Da die Dromedare in Australien keine natürlichen Feinde haben, vermehren sie sich schnell. Sie fressen alles, was Wurzeln hat, so vier der fünf im Outback vorkommenden Pflanzen.

Die australische Regierung erwägt nun die Tötung einiger Tiere, um weitere Schäden am labilen Ökosystem des Outback zu verhindern. Die Aborigines im Outback erhoffen sich durch diese Aktion die Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Gegenden des fünften Kontinents. Für das Töten der Tiere wären erfahrene Jäger notwendig.

Um der Plage Herr zu werden, gibt es weitere Strategien: Zehn Firmen haben mit dem Lebendexport der Dromedare begonnen. Australische Dromedare gelten als besonders gesund und seuchenfrei. Die Tiere werden an Zoos und Nationalparks im Ausland geliefert, landen jedoch auch oft auf dem Schlachthof. Auch Restaurants in Australien bieten bereits einen „Kamel-Burger“ an.

(Reportage „Kamelplage in Australien“ von Robert Hetkämper, gesendet am 07.11.04 in der ARD, Australien Newsletter 10.12.04, <http://www.das-tierlexikon.de/schwielensohler.htm>)

Zahl der Aborigines stieg

In der letzten Dekade ist die Zahl der Ureinwohner (Aborigines) Australiens von 282.979 auf 458.520 Menschen gestiegen (Einwohner Australien insgesamt: 20,26 Millionen). Zu diesem Ergebnis kommt ein Be-

richt des Statistischen Amtes. Der Anstieg erklärt sich aus den veränderten Bedingungen, nach denen ein Mensch in die Kategorie „Aborigine“ eingestuft wird. Früher mussten beide Eltern Aborigine oder Torres Strait Islander sein, damit die Kinder als Ureinwohner galten. Heute müssen Menschen zwar Vorfahren unter den Aborigines haben, es reicht jedoch die Akzeptanz der Aborigine-Gemeinschaft als „dazugehörig“ für die Klassifizierung als „Ureinwohner“.

Ein weiterer Grund für den Bevölkerungsanstieg ist die Geburtenrate unter Aborigines. Sie war in den letzten fünf Jahren doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. Im Vergleich haben Aborigines jedoch eine um 17 Jahre niedrigere Lebenserwartung. (BBC News 21.01.05, <http://www.abs.gov.au/>)

NEUSEELAND

Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaft

Das neuseeländische Parlament hat in dritter Lesung ein Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften verabschiedet. Nach monatelangen Diskussionen in Politik und Gesellschaft stimmten 65 Parlamentarier für das Gesetz, 55 dagegen.

Das „Civil Union Bill“ stellt ab 1. April 2005 gleichgeschlechtliche Partnerschaften auf die gleiche rechtliche Ebene wie die Ehe. Das Parlament wies jedoch zugleich auf die besondere Bedeutung der Ehe für die Gesellschaft hin. Der Begriff „Ehe“ bleibt in Neuseeland beschränkt auf die Heirat eines Mannes und einer Frau. Homosexuelle und lesbische Paare können also nicht „heiraten“, sondern nur

eine Lebenspartnerschaft eintragen lassen. Diese weist keine rechtlichen Nachteile gegenüber einer Ehe auf. Eine eingetragene Partnerschaft sei nicht nur sinnvoll für homosexuelle Paare, sondern böte sich auch für Menschen an, die aus anderen Gründen keine Ehe schließen wollten, hieß es in der Regierungserklärung.

Als erster hat Umweltminister Chris Carter angekündigt, sich mit seinem Lebensgefährten Peter Kaiser offiziell eintragen zu lassen. (AFP 09.12.04, <http://www.beehive.govt.nz> online 09.12.04)

Rauchverbot an öffentlichen Plätzen

Am 10. Dezember 2004 trat das aktualisierte Gesetz zum Schutz der Nichtraucher in Kraft. Das „Smoke-Free Environments Amendment Bill“ regelt das Rauchen an öffentlichen Plätzen, also z.B. in Hotels, Restaurants, Bars, Krankenhäusern, auf den Straßen und am Arbeitsplatz. Bisher war Neuseeländern das Rauchen in bestimmten „Raucherzonen“ öffentlicher Gebäude gestattet. Ab sofort ist Rauchen nur noch in den sogenannten „compliant open“- Bereichen, also z.B. in der Hotellobby, an dafür ausgewiesenen Stellen erlaubt. In Hotelzimmern darf nur noch geraucht werden, wenn ausdrücklich vorab ein Raucherzimmer reserviert wurde. Das Rauchen in Bars und Restaurants ist ab sofort tabu. Am Arbeitsplatz haben sogenannte „Smoke free Officers“ das Recht, zu kontrollieren, ob das Gesetz eingehalten wird. Gesetzesverstöße können mit bis zu 4.000 NZ Dollar geahndet werden.

Von dem neuen Anti-Raucher-Gesetz soll auch die Sauberkeit auf den Straßen profitieren. So zählte die Stadt Auckland im Jahr 2002 mehr als 25 Millionen Zigarettenkippen in den Straßen

der einwohnerstärksten Stadt Neuseelands.

(<http://www.ndp.govt.nz/tobacco>, www.gilmorebrown.co.nz/newsletters, www.tobacco.org/news/184025.html)

„TOK BLONG PASIFIK“ PAZIFISCHER ALLTAG

Jute statt Plastik!

Papua-Neuguinea: Die Regierung von Papua-Neuguinea hat zum 1. Januar 2005 den Import und die Weitergabe von Plastiktüten (z.B. für Einkäufe in Supermärkten) verboten. Das Gesetz wird zum 1. Juni 2005 verschärft. Dann dürfen Plastiktüten nicht mehr im Land hergestellt oder verkauft werden. Umweltminister William Duma warnte vor Nichtbefolgen des Verbots. Es handle sich um eine Straftat gemäß des Umweltschutzgesetzes von 2000. Große Supermarktketten in der Hauptstadt Port Moresby reichten beim Umweltministerium Beschwerde ein. Man habe sie zu spät über das neue Gesetz unterrichtet und es gäbe für den Transport von Waren für die Kunden keine Alternative.

Innenminister Sir Peter Barter lobte die Initiative des Umweltministeriums. Er rief die Bevölkerung dazu auf, Einkaufskörbe oder *bilums* (traditionelle geflochtene Tragetaschen) zu benutzen. Provinzgouverneure sollten die Menschen in ihrer Provinz davon überzeugen, wie stolz sie darauf sein könnten, einen so schönen und nützlich-

chen Gegenstand wie das traditionelle bilum zu tragen.

Der Geschäftsführer der einheimischen Papierfabrik „Niugini Paper Corporation“ erklärte, mit zwei Papierfabriken in Port Moresby und Lae habe seine Firma genug Kapazitäten, um für jeden Bedarf Papiertüten zu fertigen. (*Post-Courier* 31.12.04, *Pacific Magazine*, Februar 2005, S. 36)

Rückgabe von Walzähnen

Fiji: Die australische Zollbehörde hat dem fijianischen Umweltministerium 16 „tabua“ (Pottwalzähne) zurückgegeben. Die Ausfuhr von Walzähnen ist verboten. Die Zähne waren vom Zoll in Australien konfisziert worden. Die Pottwalzähne wurden in Suva in einer feierlichen Zeremonie an den fijianischen Umweltminister Pio Wong überreicht.

Der an beiden Seiten durchbohrte und an einer gedrehten oder geflochtenen Schnur hängende Pottwahlzahn ist traditionell ein zeremonielles Tauschgeschenk. Seine Überreichung ist ein Zeichen höchster Ehrerbietung für den Beschenkten. Die Annahme eines Zahnes verpflichtet allerdings zu Hilfeleistungen und zur Gewährung der während der Zeremonie vorgebrachten Bitte oder Entschuldigung. Noch heute werden tabua getauscht, u.a. zur Beilegung von Konflikten, zu Geburtstagen oder Hochzeiten sowie zur Begrüßung hochrangiger Gäste. (*Dumont „Die Südsee“*, 1994:182, *Fijilive* 28.02.05)

Kein Erfolg für Kondom-Werbekampagne

Fiji: Eine Werbekampagne der australischen Nichtregierungsorganisation „Marie Stopes In-

ternational“ (MSI) in einem Einkaufszentrum in Laucala Bay (Fiji) ist wegen zu geringen Interesses der Passanten abgebrochen worden. MSI informiert in 37 Ländern über Fragen rund um Sexualität, Familienplanung und AIDS/HIV. Mit einem Infostand in Form eines Kondoms, an dem Passanten sich über den Gebrauch und die Nutzung von Präservativen informieren konnten, wollte das MSI-Team auf die Gefahren der Viruserkrankung aufmerksam machen. Obwohl sich der Infostand gegenüber des Universitätscampus von Suva befand und dort „Try time“- Kondome kostenlos verteilt wurden, war das Interesse so gering, dass der Stand nach kurzer Zeit abgebaut werden musste. Ladenbesitzer des Einkaufszentrums sagten, Passanten hätten absichtlich die Straßenseite gewechselt, um nicht an dem „Kondomstand“ gesehen zu werden. Sexualität sei in Fiji immer noch ein stark tabuisiertes Thema, dessen man sich schäme.

Gesundheitsminister Solomoni Naivalu erklärte, eine konzentrierte Aufklärungsaktion über die Gefahren von AIDS sei nötig. MSI sollte sich mit dem staatlichen „National Advisory Council of AIDS“ zusammenschließen, eventuell erreiche man gemeinsam mehr. (*Fiji Times* 28.02.05, <http://www.mariestopes.org.uk>)

Chamorros feiern ihre Kultur

Guam: Das zweiwöchige „3rd. Dinaña Minag of Dance Festival“ in Guam endete mit einem Wettbewerb traditioneller Tänze der Chamorro, der Ureinwohner der zu den USA gehörigen mikronesischen Insel. Schulklassen und erwachsene Tanzgruppen beteiligten sich an der Benefizaktion zugunsten des „Pa’a Taotao Tano“, einem Verein zur Bewahrung der traditionellen Chamorro-Kultur, ihrer Gesänge, Tänze, Mythen und Sprache. Seit drei Jahren be-

müht sich der Verein um die Weitergabe des traditionellen Wissens an die jüngere Generation. Vereinsvorstand Benjamin Cruz erklärte, auf Guam vereinten sich spanische und amerikanische Traditionen mit der Chamorro-Kultur. Man dürfe aber nicht vergessen, woher man käme, das kulturelle Erbe und das „Typische“ der Chamorro müssten bewahrt werden. Cruz sagte weiter, man sei stolz auf die eigene Kultur und das Festival sei eine Möglichkeit, diesem Stolz öffentlich Ausdruck zu geben. So ganz nebenbei sei der Tanzwettbewerb natürlich auch eine Attraktion für Touristen und Besucher.

Das „Dinaña Minag of Dance Festival“ wurde vom Ministerium für die Angelegenheiten der Chamorros, dem „Council on the Arts“ und dem Fremdenverkehrsverein finanziell unterstützt. Das Guam Reef Hotel hatte das hoteleigene „Pa’a Kulturdorf“ am Strand zur Verfügung gestellt. Weitere Unterstützung erhielten die Veranstalter von dem Verband der indigenen Amerikaner („Native Americans Association“). (*Pacific Daily News*, 19.02.05)

Te Vaka- Komponist im Finale

Neuseeland: Der tokelauische Liedtexter und Sänger Opetai Foa’i von der in Neuseeland beheimateten Band „Te Vaka“ ist Finalist beim „US International Songwriting Competition“. Zwei Songs der Gruppe erreichten das Finale des Wettbewerbs: „Samulai“ (in Anlehnung an das japanische Wort „Samurai“) und der „Pate Pate Radio Remix“. Die Entscheidung fällt im März.

Das letzte Album von „Te Vaka“ mit dem Titel „Tutuki“ wurde zum besten pazifischen Album des Jahres 2004 gewählt. Außerdem wurde „Tutuki“ für das beste polynesisches Album bei

den hawaiianischen Music Awards nominiert. Hier fällt die Entscheidung ebenfalls im März.

Im vergangenen Jahr stand das Album auf Platz 4 der europäischen Charts, sowie auf Platz 5 der amerikanischen und kanadischen Charts.

Informationen zu Te Vaka, CD-Bestellungen und Hörproben gibt es unter www.tevaka.com.